

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Auf dem Weg zur Linkspartei gerät die WASG ins Straucheln – Seite 4**
- **Italien: Mitte-Links über erste Hürden geschrammt – Seite 8**
- **Gemeinsame Erklärung von fünf Beratungsprojekten für Opfer rechter Gewalt – Seite 12**
- **Zu den Tarifkämpfen von IG Metall und ver.di – Seite 15**
- **Programmdiskussion bei SPD, CDU und CSU – Seite 18**

Ausgabe Nr. 9 am 5. Mai 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse nehmen zu

DRadio, 1.5. scc. Der Migrationsforscher Norbert Cyrus schätzt, dass in Deutschland rund 15.000 Menschen in Zwangsarbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Die Internationale Arbeitsorganisation, für die Cyrus eine Studie über Zwangsarbeit in Deutschland anfertigte, geht davon aus, dass weltweit mindestens 12,3 Millionen Menschen gegenwärtig unter Zwang oder sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten, d.h. in einer Situation, aus der sie sich nicht aus eigener Kraft befreien können und in der sie unter Bedingungen arbeiten, die sie freiwillig nicht akzeptieren würden. Der ILO zufolge nimmt die Zahl dieser Verhältnisse trotz der von vielen Ländern unterzeichneten UN-Konvention gegen Sklaverei und sklavereiähnliche Verhältnisse im Zuge der Globalisierung zu, und zwar gerade auch in den hochindustrialisierten Ländern. Erstmals nennt die ILO konkrete Zahlen. Demnach werden weltweit 31 Mrd. US-Dollar durch die Ausbeutung eingeschleuster Zwangsarbeiter erwirtschaftet, davon fast die Hälfte, 15 Mrd., in den Industrieländern. Cyrus, der im Rahmen der Studie auch bei Ermittlungsbehörden und Sozialarbeitern recherchierte, sieht eine gewaltige Grauzone von sklavereiähnlichen Ausbeutungsverhältnissen in unterschiedlichen Formen, nicht nur Zwangsprostitution, sondern z.B. auch auf dem Bau. Eine der Ursachen für die Zunahme ist nach Cyrus' Auffassung die restriktive Migrationsgesetzgebung, verbunden mit Vorverlagerung der Abwehr von Flüchtlingen etwa nach Nordafrika. Flüchtlinge ohne Papiere oder mit Arbeitsverbot belegte Asylbewerber werden so immer häufiger in Zwangsarbeitsverhältnissen gezwungen und oft auch um den ohnehin mehr als kärglichen Lohn gebracht.

Andrea Nahles für Mindestlohn

Reuters, 22.4. rül. Andrea Nahles, Mitglied im SPD-Präsidium, hat in der „Süddeutschen Zeitung“ einen Vorschlag zur Einführung von Mindestlöhnen vorgelegt. „Wir brauchen in jeder Branche einen Mindestlohn und am besten eine gesetzlich definierte Grenze, unter die kein Lohn fallen darf“, erklärte sie nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuter. Die Einführung der Mindestlöhne solle in zwei Schritten geschehen. Zunächst solle den Tarifparteien aufgegeben werden, binnen zwölf Monaten für jede Branche ein Mindestentgelt zu vereinbaren, das bundesweit bindend für die gesamte Branche sei. Wenn solche Vereinbarungen nicht zustande kämen, solle der Gesetzgeber ei-

nen gesetzlichen Mindestlohn vorgeben. Die SPD-Politikerin war vor der letzten Bundestagswahl eine Zeitlang beim Vorstand der IG Metall angestellt. Weil ihr Modell auch für die IG Metall akzeptabel sein könnte und damit die Differenzen im gewerkschaftlichen Lager verringert, wird dieser Vorstoß jetzt auch von den Gewerkschaften ver.di und NGG, die eine Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro begonnen haben, lautstark begrüßt. Für den DGB-Bundeskongress vom 22. bis 26. Mai verbessern sich so die Aussichten für eine gemeinsame gewerkschaftliche Position zum Thema Mindestlohn.

Wirtschaftsinstitute gegen Mindestlohn

www.cesifo-group.de, 27.4. alk. In ihrem Frühjahrsgutachten wenden sich die sechs großen Wirtschaftsinstitute der Bundesrepublik gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns:

„Damit neue Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor entstehen, müssen die Marktlöhne in diesem Bereich sinken und die Lohnspreizung muss sich vergrößern. Es wird oft befürchtet, dass ein solches System dazu führt, dass die Löhne ins ‚Bodenlose‘ fallen. Deshalb wird gefordert, flankierend einen Mindestlohn einzuführen. Von den Befürwortern eines Mindestlohns wird darauf verwiesen, dass theoretische und empirische Analysen belegen, dass ein Mindestlohn nicht notwendigerweise einen negativen Beschäftigungseffekt aufweisen müsse.“

(...) Wahrscheinlicher ist es, dass ein Mindestlohn entweder so niedrig festgelegt wird, dass er praktisch irrelevant ist oder dass er – was unter den gegebenen politischen Bedingungen eher zu erwarten ist – so hoch angesetzt wird, dass die Beschäftigung darunter leidet.

Als empirischer Beleg wird von den Befürwortern eines Mindestlohns oft Großbritannien angeführt, wo es nach Einführung des Mindestlohns im Jahr 1999 zu keinem negativen Beschäftigungseffekt gekommen sei. Selbst wenn dies zutreffen sollte, ist zu bedenken, dass dort der Arbeitsmarkt weniger reguliert ist als hierzulande (Kündigungsschutz, Bedeutung von Gewerkschaften und Flächentarifverträgen usw.). Ferner ist zu beachten, dass bei der Einführung des Mindestlohns in Großbritannien praktisch Vollbeschäftigung herrschte, so dass etwaige negative Beschäftigungseffekte nicht ins Gewicht fielen. In Deutschland geht es weniger darum, negative Beschäftigungseffekte zu vermeiden, sondern vielmehr darum, Beschäftigung im Niedriglohnsektor deutlich zu erhöhen.

Aus all diesen Gründen raten die Institute der Bundesregierung nach-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

drücklich davon ab, ein Mindestlohnsystem einzuführen.“

Rückschritt beim Einbürgerungsrecht?

taz, 27.4. rül. Der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats, Günter Piening, hat vor einem Rückschritt beim Einbürgerungsrecht gewarnt. Laut Piening bereitet Innenminister Schäuble eine Neufassung des Staatsbürgerschaftsrechts vor, die u.a. die Möglichkeit für hier geborene Kinder aus Migrationsfamilien, unabhängig von ihrem Einkommen die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, wieder abschaffen will. Diese Möglichkeit war Teil der rot-grünen Staatsbürgerschaftsreform von 1999 gewesen. Danach können hier geborene Kinder von Migrationsfamilien sowohl die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern wie auch die deutsche Staatsbürgerschaft haben, müssen sich aber spätestens im 23. Lebensjahr entscheiden und eine der beiden Staatsbürgerschaften aufgeben. Im Unterschied zu anderen Einbürgerungen können sie über diesen Weg also die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, ohne dass sie nachweisen müssen, über ein für den Lebensunterhalt ausreichendes Einkommen zu verfügen – bei Menschen in diesem Lebensalter, wenn sie z.B. studieren, ohnehin ein oft nicht möglicher Nachweis. Die von Schäuble geplante Änderung wäre „eine katastrophale Entwicklung“, so Piening. Auch die Migrationsbeauftragten der anderen Länder hätten sich mehrheitlich gegen diese Pläne ausgesprochen.

Religiöser Affront aus dem Familienministerium

www.awo.org, 24.4. alk. Als einen Affront bezeichneten die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWSt), der Zentralrat der Muslime in Deutschland, die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) die ausschließliche Einbeziehung der evangelischen und katholischen Kirche in das von der Bundesfamilienministerin gegründete „Bündnis für Erziehung“. Dies sei sachlich nicht zu begründen, zumal nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2004 nur 38 Prozent der Kinderbetreuungsplätze in evangelischer und katholischer Trägerschaft sind. Die vier Organisationen kündigten an, am 31. Mai zu einer Konferenz zusammenzukommen, um über eine gemeinsame Haltung zu diesem Vorgang zu sprechen. Gemeinsam sind die vier Organisationen der Ansicht, dass die Ausgrenzung von nichtchristlichen Religionen und den konfessionell unabhängigen Wohlfahrtsverbänden bei der Gründung des Bündnisses inakzeptabel ist. Vor diesem Hintergrund sei



faz.2.5. maf. Vor dem norwegischen Hammerfest, auf der Insel Melkoya, wird zur Zeit die weltgrößte Anlage zur Erdgasverflüssigung errichtet. Der Transport des verdichten und auf minus 162 bis minus 164 Grad Celsius abgekühlten Erdgases erfolgt in Spezialschiffen. Eine Leckage: „der Alptraum jedes Reeders“. Bei der Vorstellung des neuen Weißbuchs zur Sicherheitspolitik sprach Verteidigungsminister Jung sich für eine nicht nur werte-, sondern auch interessengeleitete Sicherheitspolitik aus. Dazu gehörten auch wirtschaftliche Interessen wie Ressourcensicherung oder die Sicherung von Energielieferungen. „Wir diskutieren auch in der Nato: Müssen gegebenenfalls auch die Seewege vor Terrorismus gesichert werden?“ – Die Kugeltanks (siehe Bild) bestehen aus 40 mm starkem Alublech. Waffen, die solche Wandungen durchdringen, könnte wohl jede Yacht und jedes Fluggerät transportieren. Ungefähr 2010 soll die Anlandeanlage in Wilhelmshaven in Betrieb genommen werden. Will man bis dahin Nordsee und Nordmeer zum Sperrgebiet erklären?

es offen, ob man sich zu einem späteren Zeitpunkt in das Bündnis einbeziehen lassen könne. Man sehe sich nicht als Partner zweiter Klasse. Die Vereinigungen betonten, dass die Vermittlung von Werten, wie sie im Grundgesetz und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind, in ihren über 15.000 Einrichtungen, Diensten und Initiativen der Kinder- und Jugendhilfe tägliche Praxis sei. Es sei deshalb völlig unverständlich, dass ausgerechnet ein Bündnis, mit dem Werte wie Gleichheit und Toleranz gefördert werden sollen, mit der Ausgrenzung von großen Religionsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbänden eröffnet werde.

Eskalation

mdr/stern shortnews, 2.5. maf. Israel hat von einer russischen Trägerrakete einen Satelliten zur Bobachtung des iranischen Atomprogramms in die Erdumlaufbahn bringen lassen, der nach Angaben des israelischen Verteidigungsministers Shaul Mofas auch weiter entfernt gelegene Ziele ausspähen könne. Das hochempfindliche Kamerasystem kann Gegenstände bis herunter zu 70 cm erfassen. Zusammen mit der Ausrüstung von U-Booten mit Trägerplattformen für Lenkwaffen (wir berichteten) ist offensichtlich, dass Israel technische Kapazitäten für einen Schlag gegen Iran aufbaut. – Die Strategie des „Gleichgewichts des Schreckens“ hatte in den Jahrzehnten der Blockspaltung den Ausbruch von Kampfhandlungen zwischen den USA und der UdSSR nicht zugelassen. Ob eine solche Wirkung auch im verkleinerten Maßstab eintreten kann, ist sehr fraglich.

Scharfe Kritik aus Polen

faz, 3.5. alk. Aufsehen erregte eine Äußerung des polnischen Verteidigungsministers Sikorski zu dem deutsch-russischen Erdgas-Pipeline-Projekt durch die Ostsee, ein Projekt das ohne Übereinkunft und Konsultation der übrigen Ostseeanrainerstaaten zustande kam. Sikorski hatte das Vorhaben mit dem Hitler-Stalin-Pakt verglichen. „Das erinnert an Locarno und an den Molotow-Ribbentrop-Pakt. Das ist 20. Jahrhundert“, hatte er laut „Spiegel Online“ zu dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eingefädelten Pipeline-Projekt gesagt. In einem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion 1939 hatten beide Mächte Polen und die baltischen Staaten untereinander aufgeteilt. Sicher war das ein derber Vergleich des polnischen Ministers, aber die Reaktionen dagegen schürten eher seine Befürchtungen. So sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), der „Bild“-Zeitung: „Der Minister bedient sich einer unsäglichen Polemik. Derart absurde Vergleiche sind abträglich für die deutsch-polnischen Beziehungen.“ Der polnische Ministerpräsident solle Sikorski zur Ordnung rufen. Ähnlich der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose. Ein Sprecher von EU-Kommissionspräsident Barroso meinte um einiges differenzierter: „Die Wortwahl war sicher weder hilfreich noch dem Problem angemessen“, zur Sache selber sagte er aber nichts.

Zusammenstellung: alk

Auf dem Weg zur Linkspartei gerät die WASG ins Straucheln

Am letzten Aprilwochenende fanden parallel die Bundesparteitage der Linkspartei.PDS in Halle und der WASG in Ludwigshafen statt.

Der wichtigste Beschlussantrag, der dem Parteitag vorgelegt war, war der Start der gemeinsam mit der WASG geplanten Mindestlohnkampagne (siehe Kasten). Eine politische Debatte fand kaum statt, ein sich über zwei Tage erstreckender Wahlmarathon wurde von einer langen Rede des Parteivorsitzenden zu Anfang und den langen Reden der Fraktionsvorsitzenden Gysi und Lafontaine am Mittag des zweiten Tages eingerahmt. Sofern Weichen gestellt wurden, fielen sie in den anstehenden Personalentscheidungen. Dabei gerieten vor allem die Wahlen zum neuen Parteivorstand insgesamt zu einer Schwächung derjenigen Positionen, die sich gelegentlich selbst als „Anti-Neoliberalismus“ charakterisierten und die in der Stärkung und Ausweitung (national-)staatlicher Funktionen die wesentliche Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierungsprozesse

und ihre Folgen sehen. Da eine politische Debatte wie gesagt kaum stattfand, erhielten die Wahlen den unangenehmen Beigeschmack des „Durchziehens“.

Unter anderen Vorzeichen fand der Bundesparteitag der WASG statt. Er war durch schroffe Konflikte, Kampf Abstimmungen, Rücktritte von drei Bundesvorstandsmitgliedern, Delegierten auszüge und Austrittsankündigungen geprägt.

Relativ deutlich, aber doch mit vielen Gegenstimmen, fiel mit 186 zu 107 das Abstimmungsergebnis für den Leitantrag aus, der unter dem Titel: „Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie! – Für eine pluralistische, gesamtdeutsche Partei der Linken“¹ das Kooperationsabkommen² der beiden Parteien bestätigte. Der Parteitag beauftragte damit den Bundesvorstand u.a. damit, „bis Herbst 2006 den Mitgliedern Vorschläge für ein Parteiprogramm, eine Satzung und dem zeitlichen und organisatorischen Ablauf der Neubildung einer linken Partei zur Diskussion vor-

zulegen“. Heftig umstritten war vor allem der Umgang der WASG mit der Entscheidung des Berliner Landesverbandes (sowie des zahlenmäßig unbedeutenden Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern), in Konkurrenz zur Linkspartei.PDS bei den Abgeordnetenhaus- bzw. Landtagswahlen anzutreten.³ Hier lagen drei Anträge unterschiedlicher Gruppierungen des Bundesvorstands vor. Ein Antrag, der den Berliner Wahlen nicht weder verurteilte noch administrative Maßnahmen vorsah, scheiterte mit 143 gegen 156 Stimmen nur knapp. Schließlich setzte sich der Antrag des Bundesvorstands bzw. seiner Mehrheit durch, der Sanktionen gegen den Berliner Landesverband legitimiert und den wir hier dokumentieren.⁴ Drei Bundesvorstandsmitglieder, die gegen Sanktionen aufgetreten waren, traten daraufhin zurück, darunter Joachim Bischoff, einer der Mitbegründer der WASG.

Seit der WASG-Bundesvorstand den Parteitag nach Ludwigshafen, Rheinland-Pfalz, einberufen hatte, hat sich

Zeit für Taten! 8 Euro Mindestlohn. Gesetzlich garantiert.

Resolution der Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG

Der gesetzliche Mindestlohn war eines der Hauptthemen der neuen Linken im letzten Bundestagswahlkampf. Dafür ernteten wir Hohn und Spott von SPD und Union. Doch nach unserem Wahlerfolg sprechen auch Merkel und Muntefering vom Mindestlohn, die Bundesregierung kündigt einen Gesetzentwurf für den Herbst an.

Wir lassen jetzt nicht nach! Es wird entscheidend von unserem Engagement abhängen, ob es wirklich einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, der diesen Namen verdient. Ein Mindestlohn muss armutssicher sein: Ein Lohn, der Arbeit ohne Armut ermöglicht, stellt die Mindestanforderung an eine sozial gerechte Gegenleistung für Erwerbsarbeit dar. Deshalb fordern wir als Einstieg mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde. Dann liegt das Netto-Entgelt bei Vollzeitarbeit mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Wer weniger bekommt, darf trotz Verschuldung nicht gepfändet werden. 8 Euro brutto sind

jedoch nur der Anfang: Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, muss der Mindestlohn kontinuierlich steigen.

In der Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn arbeitet die neue Linke eng mit den Akteuren der gewerkschaftlichen Mindestlohnkampagne zusammen und sucht weitere Partnerinnen und Partner. Gemeinsam geht es uns darum, den verhängnisvollen Trend der negativen Lohnentwicklung in Deutschland zu durchbrechen. Gemeinsam wollen wir ein deutliches Stoppzeichen gegen weiteres Lohndumping und den neoliberalen Irrglauben setzen, dass immer weitere Lohnsenkungen immer mehr Arbeitsplätze schaffen. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass auch in Deutschland Löhne sichergestellt werden, von denen wenigstens die Existenz gesichert werden kann.

Linkspartei.PDS und WASG beginnen heute mit der Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Mit ihr wird die parlamentarische Initiative unserer Bundestagsfraktion unterstützt und öffentlicher Druck zur Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes aufgebaut.

Die Kampagne soll nicht nur auf dem Papier stattfinden. Wir werden sie auf die Straßen und vor die Türen der Lohndrücker tragen und das Thema der wachsenden sozialen Spaltung zu einem unserer Schwerpunkte machen.
www.sozialisten.de

Link: <http://www.8euro.de/>



die Situation der WASG im Parteibildungsprozess deutlich verändert. Das ist der Hintergrund der Konflikte und wohl auch die Hauptursache ihrer Schärfe. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im März 2006 hatte die WASG eine von vielen, vor allem von ihr selbst nicht erwartete herbe Niederlage erfahren.⁵ Die von der Linkspartei unterstützte Liste verfehlte den erwarteten Einzug in den Landtag mit 2,6% mehr als deutlich, gegenüber der Bundestagswahl 2005 verlor sie im Saldo zwei Drittel der Stimmen. So war Ludwigshafen zum Zeitpunkt des Bundesparteitags nicht zum Symbol der Bestätigung, des Erfolgs geworden, sondern zum Symbol einer über die konkreten Landtagswahlen hinausreichenden Niederlage einer Strategie.

Um es hart auszudrücken: Gerade das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz lässt der Hoffnung wenig Raum, dass die Linke gedeihen kann als Druckmittel gegen die SPD und Abtauber enttäuschter Hoffnungen, ohne eigene Programmatik, die die Staatsaufgaben auf Landesebene (staats-)kritisch entwickelt. Für die WASG bedeutet das Ergebnis, von der Erwartung Abschied nehmen zu müssen, als „Peitsche“ der SPD in den westlichen Bundesländern den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffen zu können – eine Erwartung, die das Selbstverständnis der WASG stark geprägt hat.⁶ Damit verschieben sich, unabhängig vom Willen der Beteiligten und von den Formen, in denen der Parteibildungsprozess weiterhin vonstatten geht, die Kräfteverhältnisse zwischen der WASG und der Linkspartei mit ihrem starken Gewicht im Osten und auch ihren kommunalpolitischen Ansätzen und Erfolgen im Westen.

Diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses erklärt, warum eine starke Fraktion im Bundesvorstand und eine Mehrheit des Bundesparteitags die Kandidatur der WASG in Berlin, die das Kräfteverhältnis weiter zu Ungunsten der WASG zu verschieben droht, nicht nur missbilligt, sondern unter allen Umständen verhindern will.

Der WASG-Bundesvorstand beruft sich dabei auf den Kooperationspartner – die Linkspartei –, der auf der Einhaltung und Durchsetzung der Abkommen einschließlich Sanktionen dränge. Tatsächlich gibt es auch bei der Linkspartei, gerade in Berlin und den östlichen Bundesländern, starke Motive, die Gegenkandidatur der WASG zu verhindern. Beim Blick vom Süden, Westen oder Norden auf Berlin mag man dazu neigen, eine WASG-Kandidatur gelassen zu betrachten: Ein – eher wahrscheinliches – schlechtes Ergebnis marginalisiert die Betreiber.⁷ Ein „gutes“ Ergebnis brächte zum Ausdruck, dass es neben der Linkspartei eine Basis für eine sich „anti-(neo)liberal“ verstehende, fundamentalistische Opposition

gibt – ein Tatbestand, mit der die Linkspartei ohnehin umgehen müsste.

Für die Linkspartei in Berlin und in ihrer großen Mehrheit stellt sich die Situation anders dar. Die Kritik vieler Westlinker an der Politik des rot-roten Berliner Senats missachtet – jenseits aller politischen Differenzen, die sie zum Ausdruck bringt – hochmütig einen Grundkonflikt: Der Anschluss der DDR an die BRD hat massenhaft kulturelles Kapital vernichtet, Erfahrungen, Biografien, Kenntnisse entwertet, zahllose Menschen mit all ihren Erwartungen und Lebensentwürfen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Man kann viele Aspekte der Regierungspolitik der Linkspartei unter dem Gesichtspunkt betrachten und muss sie unter dem Gesichtspunkt würdigen, durch die Anstrengungen politischer Repräsentanten des „Ostens“ die Ost-West-Spaltung zu überwinden und einer solidarischen Stadtgesellschaft näher zu kommen. Wo sollte die durch den „kolonialen“ Charakter des Anschlusses verantwortete Ost-West-Spaltung überwunden werden, wenn nicht in Berlin? Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die WASG-Konkurrenzkandidatur in Berlin für die Linkspartei auch als Provokation aus kultureller Überheblichkeit dar.

Trotzdem: Es erscheint unwahrscheinlich, dass der Beschluss des Parteitages die Krise der WASG überwinden hilft. Die Einschränkung der Demokratie, die er ermöglicht, setzt kein gutes Zeichen für die zukünftige Linkspartei.

scc

1 <http://parteitag.w-asg.de/>

2 Das Kooperationsabkommen und weitere Dokumente des Parteibildungsprozesses finden sich unter: <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/index.htm>

3 siehe auch Politische Berichte 5/2006

4 Dass juristische Schritte die Kandidatur der Berliner WASG stoppen können, ist höchst zweifelhaft. Der Berliner Landeswahlleiter Andreas Schmidt von Puskas sieht für entsprechende Versuche wenig Aussichten. Die Überlegungen „zeugten von einer ‚vordemokratischen Denkweise‘“, Tagesspiegel vom 3.5.

5 Siehe auch: Landtagswahlen, Neue Kombinationen möglich, Chancen für die Linkspartei, Politische Berichte 7/2006

6 Auch wenn wohl unbestritten ist, dass die Linkspartei im Westen auf absehbare Zeit nicht in der Lage wäre, erfolgreiche Landtagswahlkämpfe aus eigener Kraft zu bestreiten, steht nun fest, dass die im Wesentlichen als Abspaltung der SPD gegründete WASG dazu ebenfalls nicht in der Lage ist.

7 Von der Berliner WASG liegt wenig Konzeptionelles für eine linke Landespolitik vor; sie verlegt sie wesentlich auf (z.T. berechnete) Detailkritik, die sie von meist fundamentalistischen Positionen aus führt. Siehe z.B. das jüngste Papier des Landesvorstands „Keine akzeptable Grundlage für einen gemeinsamen Wahlkampf von WASG und Linkspartei. PDS in Berlin, Zur Kritik der ‚inhaltlichen Positionen‘“ vom 5.4.2006, <http://www.wasg-berlin.de/>

Dokumentiert

WASG-Bundesparteitag Initiativantrag zum Parteibildungsprozess und Konkurrenzkandidaturen

Beschlossen am 29.4.06 in Ludwigshafen. Antragsteller: Bundesvorstand

Initiativantrag anlässlich der Beschlüsse des 5. und 6. Landesparteitages der Berliner WASG zum eigenständigen Wahlantritt (22./23.4.2006) und der Einreichung der Wahlliste der Berliner WASG zur Abgeordnetenhauswahl (24.4.2006)

Der Bundesparteitag missbilligt in Verantwortung vor dem Parteibildungsprozess den Beschluss der Berliner WASG, ohne Abstimmung mit der Bundespartei eigenständig und in Konkurrenz zur Linkspartei zu der Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2006 anzutreten.

Daraus folgt:

1. Der Bundesparteitag erwartet von der Berliner Landesorganisation, die Wahlanzeige und die eingereichten Listen sofort zurückzuziehen;
2. Es bleibt den Berliner Mitgliedern der WASG unbenommen, im Sinne des Parteibildungsprozesses und aufgrund gemeinsamer Positionen mit der Linkspartei sich am Wahlkampf der Linkspartei zu beteiligen;
3. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, falls die Wahlanzeige nicht zurückgezogen wird, alle Maßnahmen zu prüfen und ggfs. zu ergreifen, um dem Willen des Bundesparteitages Geltung zu verschaffen. Parteiausschlüsse und die Auflösung von Landesverbänden sollen vermieden werden;
4. Es wird keinerlei politische und finanzielle Unterstützung für einen eigenständigen Wahlantritt gewährt;
5. Der Bundesvorstand wird weiter aufgefordert, die getroffenen Vereinbarungen über eine künftige Politik in Berlin weiterzuentwickeln und durchzusetzen. Dies betrifft insbesondere Maßnahmen gegen Privatisierung, für die Einhaltung von Tarifverträgen und sozialen Standards;
6. Der Beschluss gilt sinngemäß für andere eigenständige Wahlantritte.

Der Antrag wurde absatzweise abgestimmt, der Punkt 3 mit 150 zu 110 verabschiedet.

Die Kriegsplanungen stoppen!

Der Bundesausschuss Friedensratschlag wendet sich gegen einen drohenden Krieg gegen Iran und den Bundeswehreinsatz im Kongo

Zum Abschluss der Beratungen des Bundesausschusses Friedensratschlag am Wochenende in Kassel verabschiedete das Gremium einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, worin sie aufgefordert wird, alles zu tun, damit es nicht zu einem Krieg gegen Iran kommt. Widerstand kündigte die Friedensbewegung aber auch gegen den bevorstehenden Bundeswehreinsatz im Kongo an.

In dem Brief, der von möglichst vielen Menschen im Land unterschrieben und an die Bundeskanzlerin geschickt werden soll, werden die Kriegsplanungen der USA, die offenbar auch den Einsatz von Atomwaffen vorsehen, zurückgewiesen. Die Bundesregierung solle sich eindeutig gegen den drohenden Krieg aussprechen und „unmissverständlich“ erklären, dass sich Deutschland „an einem Krieg gegen den Iran weder direkt noch indirekt beteiligen“ werde. Statt dessen wird auf ernsthafte Verhandlungen gesetzt und eine „regionale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten“ gefordert. Eine glaubhafte Politik gegenüber den Atomplänen Irans könne nur darin bestehen, dass die Atomwaffen besitzenden Staaten ihre eigenen Arsenale abbauen. Als wichtiger Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt müssten die in Deutschland lagernden Atomwaffen der USA endlich abgezogen werden. (Wortlaut des Briefes siehe Kasten.)

Die eindeutige Haltung der Friedensbewegung gegen den Krieg habe weder etwas zu tun mit etwaigen Sympathien mit der Politik des iranischen Präsidenten noch mit einer Befürwortung des Ausbaus der zivilen Nutzung der Kernenergie. Dazu sagte der Sprecher des „Friedensratschlags“ wörtlich: „Ich halte es da mit der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright, die vor kurzem sagte: ‘You can’t go to war with everybody you dislike’.“ (Man kann nicht gegen jeden in den Krieg ziehen, den man nicht mag.) (New York Times, 23. April 2006). Und was die zivile Nutzung der Kernenergie betrifft, so hat der Iran das Recht, das jedes andere Land der Welt auch hat. Dazu gehört auch der geschlossene nukleare Brennstoffkreislauf (von der Urananreicherung bis zur Wiederaufbereitung) – allerdings unter strikter Kontrolle der IAEA. Die aber hat der Iran auch nicht verweigert.

Auf entschiedenen Widerspruch stößt in Kreisen der Friedensbewegung auch die Absicht der Bundesregierung, Trup-

pen in den Kongo zu entsenden. Die Resolution 1671 (2006) des UN-Sicherheitsrats vom 25. April, worin der Einsatz einer EU-Truppe erbeten wird, kam auf Bitten der EU zustande. Es handelt sich also um ein bestelltes Mandat. Die Absicherung der Wahlen im Kongo könnte, wenn wirklich bürgerkriegsähnliche Zustände zu befürchten wären, mit der 1.500 Soldaten umfassenden Truppe nicht gewährleistet werden. Ist aber die Lage ruhig, so bedarf es auch keiner militärischen „Absicherung“, sondern dann wären internationale Wahlbeobachter angemessener. Immerhin ist im vergangenen Dezember ein Verfassungsreferendum im Kongo ohne jegliche Zwischenfälle verlaufen. So oder so ist ein Militäreinsatz also überflüssig. Das starke Interesse Frankreichs und Deutschlands am Zustandekommen der Kongo-Mission dient nach Auffassung des „Friedensratschlags“ eher dem Nachweis der Existenzbe-

rechtigung von EU-Battlegroups, welche die EU zur Zeit aufbaut. Der Kongo-Einsatz soll darüber hinaus für einen weiteren Gewöhnungseffekt in der Bevölkerung sorgen, die Auslandseinsätzen gegenüber überwiegend skeptisch eingestellt ist. Eine Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr kam vor kurzem zum Ergebnis, dass 62 Prozent der Bevölkerung einen Krieg zur Herbeiführung von Gerechtigkeit ablehnen. 68 Prozent sind der Meinung, dass sich Konflikte in einem Staat oder zwischen Staaten mit friedlichen Mitteln lösen ließen.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag wird vor einem Bundestagsbeschluss zum Kongo-Einsatz auf die Bundestagsfraktionen zugehen und ihnen den Standpunkt der Friedensbewegung und die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung zur Kenntnis bringen. „Es darf nicht länger sein, dass die Meinung der Bevölkerung in einer so entschei-



1. Mai 2006 in Hamburg

denden Frage systematisch missachtet wird“, sagte der Sprecher des „Friedensratschlags“.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski (Sprecher)

Brief an Frau Merkel

Bundeskanzlerin Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
(Ort, Datum)

Kein Krieg gegen den Iran

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, über die Absicht der Vereinigten Staaten, einen Luftkrieg gegen den Iran zu führen, bin ich im höchsten Maße beunruhigt. Nach Berichten amerikanischer Zeitungen erwägt die Regierung der USA sogar den Einsatz von Atomwaffen gegen die iranischen Atomanlagen.

Von Ihnen und der Bundesregierung erwarte ich eine eindeutige Stellungnahme gegen diesen Krieg und gegen jegliche Kriegsplanung. Die Bundesregierung kann einen Beitrag dazu leisten, dass es nicht zu diesem Krieg kommt.

- Sprechen Sie sich eindeutig gegen die Kriegspläne der US-Regierung aus.
- Erklären Sie unmissverständlich, dass die Bundesrepublik Deutschland sich an einem Krieg gegen den Iran weder direkt noch indirekt beteiligen wird.
- Sagen Sie den USA deutlich, dass wir den Einsatz von Atomwaffen ablehnen. Diese grauenvollen Waffen dürfen nie wieder zum Einsatz kommen.
- Setzen Sie sich mit ganzer Kraft ein für eine friedliche Lösung auf dem Verhandlungsweg. Dazu gehört eine regionale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten, die Israel einschließt. Die Interessen aller Staaten und Völker der Region müssen dabei gewahrt bleiben. Dafür bleibt ausreichend Zeit, da der Iran selbst nach Geheimdienstberichten der USA fünf bis zehn Jahre brauchen würde, bis das Land Atomwaffen herstellen könnte.
- Ich fühle mich in Deutschland ohne Atomwaffen sicherer. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Nato und die USA ihre in Ramstein und Büchel stationierten Atomwaffen abziehen.
- Treten Sie ein für die schrittweise Abschaffung aller Atomwaffen weltweit.

Mit freundlichen Grüßen



Am 29. April fand in New York City eine der größten Antikriegsdemonstrationen der letzten Jahre statt. Nach unterschiedlichen Angaben demonstrierten 300.000 bis 350.000 Menschen für den sofortigen Abzug der US-Truppen aus Irak und gegen einen drohenden Angriff auf Iran. Unter den Teilnehmern waren auffallend viele Gewerkschaftsmitglieder und auch Veteranen des Irak-Krieges (Bild: Diane Lent). Die Veranstalter, darunter United Peace, die Regenbogen-Koalition, Gewerkschaften, Studenten- und Frauenorganisationen, wollen die Demonstration zum Ausgangspunkt nehmen, um den Druck auf Parlament und Regierung zu verstärken.

Auf der „Achse des Bösen“

Bis zum 28. April hat der Iran noch Zeit, die Forderungen des UNO-Sicherheitsrats zu erfüllen: Stopp sämtlicher Aktivitäten zur Urananreicherung. Was dann kommt, ist noch unklar, obwohl eines ganz klar ist: der Iran wird diese Forderung nicht erfüllen. Er verweist seit Monaten auf zwei Grundkonstanten seiner Politik: er strebe nicht nach Atomwaffen und er verzichte nicht auf die Urananreicherung zur Sicherung seiner zukünftigen Energieversorgung. Mit beiden Positionen befindet er sich in voller Übereinstimmung mit den Regeln des Atomwaffensperrvertrages, was jedoch die Großmächte des Sicherheitsrats nicht anzufechten scheint, auf ihrer Forderung zu beharren.

Die USA haben für diesen Fall der gegenseitigen Blockade vorgesorgt, indem sie auf Überweisung der Sache an den UNO-Sicherheitsrat bestanden, um mit ihm Sanktionen bis hin zum militärischen Überfall durchsetzen zu können. Die drei EU-Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland sind ihnen gefolgt – aus Naivität oder kühlem Täuschungskalkül die Sanktionsmöglichkeiten herunterspielend. Die VR China und Russland sind ihnen gefolgt, um Sanktionen zu verhindern – wer weiß, wie lange sie dazu in der Lage sein werden.

Denn inzwischen hat sich das bewahrheitet, was die Friedensbewegung immer schon vermutet und befürchtet hatte, dass es den USA weniger um die

Atomwaffen (siehe Vertrag mit Indien) als um eine Auswechslung der Regierung in Teheran geht und dass sie dafür bereit sind, auch militärische Mittel anzuwenden. Bush selbst hat dieser Tage die von US-Medien verbreiteten Warnungen vor einer militärischen Intervention bestätigt. Allen Verweisen auf das Desaster im Irak und den so anders gearteten Gegner Iran zum Trotz haben wir es nun mit einer handfesten Interventionsdrohung zu tun, die auch den Einsatz von Atomwaffen umfasst. Es ist unwahrscheinlich, dass die USA dafür eine Resolution des Sicherheitsrats bekommen. Es ist aber ebenso unwahrscheinlich, dass die gegenwärtige Administration sich dadurch von ihren Plänen abbringen lässt.

Andererseits liegen genügend Kompromissvorschläge auf dem Tisch, die das zentrale Ziel garantieren können, dem Iran den Zugang zu Atomwaffen zu verwehren. Sie beinhalten aber alle das Recht des Iran auf Urananreicherung auf niedrigem Niveau zu Forschungszwecken ohne militärische Perspektive. Doch die USA lehnen bisher alle Vorschläge ab, denn für sie gibt es offensichtlich nur den Countdown. Das Problem also ist: wer holt die USA von der Achse des Bösen herunter?

Norman Paech, MdB Die Linke,

Dokumentiert aus: Gemeinsame Mai-zeitung von Linkspartei.PDS und WASG Hamburg, 1. Mai 2005

Türkisch-iranische Angriffe im Nordirak

Die Situation in den kurdischen Gebieten an den Grenzen zwischen der Türkei, dem Irak und Iran eskaliert. Seit Wochen hat die türkische Armee über 200 000 Soldaten in der Grenzregion aufmarschieren lassen und ein allgemeines Urlaubsverbot für Soldaten verhängt. Immer wieder kam es im April zu kleineren Gefechten mit der kurdischen Guerilla. Wiederholt drang die türkische Armee auf nordirakisches Gebiet vor. Inzwischen sollen türkische Soldaten sogar einen 20 km breiten Gürtel auf irakischer Seite kontrollieren. Die Zeitung „Milliyet“ berichtet, Luftwaffe und Armee hätten u.a. auch PKK-Stellungen nahe der Stadt Amediye 30 km südlich der Grenze bombardiert.

Gleichzeitig hat in offensichtlich koordinierter Aktion der Iran mehrfach kurdische Dörfer in Nordirak bombardiert, in deren Nähe Guerilla-Lager vermutet werden. Mehrere PKK-Kämpfer wurden dabei getötet. Dutzende Bewohnern sind aus ihren Dörfern geflohen. Auch auf iranischer Seite findet ein Truppenaufmarsch statt, und iranische Truppenteile sollen bereits fünf Kilometer tief in den Irak eingedrungen sein. Der iranische Regierungssprecher bestätigte, dass die Militäraktionen im Rahmen eines „Kooperationsabkommens“ mit der Türkei stattfinden.

Die Türkei beruft sich darauf, dass ihr Eindringen in den Irak mit der irakischen Regierung abgesprochen sei. Diese dementiert und reagierte mit der Überreichung einer Protestnote in Ankara. Der amtierende Präsident des Irak Talabani erklärte, die Zeit, in der die irakischen Kurden eine 15 km tiefe Zone im Nordirak für militärische Operationen der Türkei zugebilligt hätten, sei vorbei. Ebenso wie Talabani ließ auch Barzani, Präsident der Kurdischen Autonomen Region, durchblicken, auf grenzüberschreitende Operationen militärisch antworten zu wollen. Die irakischen Kurden scheinen zu befürchten, dass sich die drohende Invasion auch gegen ihre Autonomie richtet, die für die kurdische Bevölkerung jenseits der Grenzen zum Anziehungspunkt wurde. Die Sorge erhält Nahrung durch einen vertraulichen Bericht des türkischen Innenministeriums, den die englischsprachige Zeitung „The New Anatolien“ auszugsweise veröffentlichte und in dem Barzani als auf lange Sicht für die Türkei gefährlicher als Öcalan bezeichnet wurde.

Unklar ist die Haltung der USA, die die Türkei für einen Aufmarsch gegen den Iran braucht, sich aber einen neuen Konflikt her im Nordirak nicht leisten kann.

scc

Quellen: 1.5., Welt, div. Ausgaben, FAZ-online, 2.5.

Italien

Mitte-Links über erste Hürden geschrammt

Die Mitte-Links-Koalition hat die ersten parlamentarischen Hürden, die Wahl der Präsidenten der Abgeordnetenversammlung und des Senats, genommen. Aber speziell bei der Wahl im Senat hielt Prodis Unione von Mitte-Links 24 Stunden lang den Atem an. Ein Scheitern und damit ein Patt in den beiden Kammern mit der Konsequenz von Neuwahlen war möglich.

Berlusconi hatte seine Wahlniederlage zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht eingestanden: „Wir sind die moralischen Sieger, siegreich auch bei den Stimmenzahlen. Jetzt müssen wir kämpfen, um das Zwischenspiel Prodi in der kürzestmöglichen Zeit zu beenden.“ Und er hatte angekündigt: „Wir werden sie daran hindern zu regieren“. Das sollte bei der Wahl des Senatspräsidenten erreicht werden. Für Mitte-Links kandidierte Franco Marini von der christdemokratisch geprägten Margherita, ein früherer Gewerkschaftsführer vom christdemokratischen Gewerkschaftsverband CISL und früherer Arbeitsminister. Im Senat hat Mitte-Links nur zwei Stimmen Mehrheit, und das Abstimmungsverhalten der (nicht gewählten) Senatoren auf Lebenszeit war zunächst nicht sicher absehbar. Daraufhin nominierte Mitte-Rechts den 87-jährigen Giulio Andreotti, fünffacher christdemokratischer Ministerpräsident, als Gegenkandidaten. Die Absicht war, einzelne christdemokratische Senatoren bei Mitte-Links herauszubrechen und damit den Regierungsantritt von Prodi zu verhindern, noch bevor er begonnen hatte.

Im ersten Wahlgang fehlten Marini dann sechs der als sicher erwarteten Stimmen. Im zweiten Wahlgang kam er zwar auf ausreichende 162 Stimmen, aber Mitte-Rechts bestritt die Gültigkeit von drei Stimmzetteln, auf denen als Vorname Francesco statt Franco stand. Nach Tumulten wurde der Wahlgang wiederholt. Dabei kam Marini auf die erforderliche Mehrheit, wobei einer der Stimmzettel wieder mit Francesco beschriftet war. Vermutlich einige Mitte-Links-Senatoren hatten also die Abstimmung für irgendwelche Signale benutzt. Entsprechend schossen die Spekulationen ins Kraut, welche Kräfte in dem weitgefächerten Bündnis ihre Unzufriedenheit über die Verteilung von Ämtern zum Ausdruck gebracht haben könnten. Dazu bekannt hat sich aber niemand.

Weniger dramatisch war die Abstimmung in der Abgeordnetenversammlung. Dort wurde Fausto Bertinotti von Rifondazione comunista im vierten Wahlgang, in dem erstmals keine Zweidrit-

telmehrheit mehr erforderlich war, gewählt. Ihm fehlten einige Stimmen aus dem eigenen Lager. Gleichzeitig erhielt Massimo D'Alema, der Präsident der Linksdemokraten DS, mit jedem Wahlgang mehr Stimmen, am Ende hundert. D'Alema und Bertinotti hatten sich ursprünglich beide für das Amt interessiert, Bertinotti hatte sich in der Union als Kandidat durchgesetzt. Die allermeisten der Stimmen für D'Alema dürften nun von der Rechten gekommen sein, die auf diese Weise Spaltung in das Lager von Mitte-Links tragen wollte.

Mitte-Links ist also über die ersten Hürden geschrammt, ein politischer Geländegewinn ist aber noch nicht erreicht.

Auf der Linken wird kontrovers über die Wahl Bertinottis zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, dem dritthöchsten Amt im Staat, diskutiert. Liberazione, die Zeitung von Rifondazione, sah darin einen bedeutenden Fortschritt: Diese Entscheidung habe das politische Gleichgewicht im Mitte-Links-Bündnis nach links verschoben, indem seiner radikalen Komponente eine sichtbare und für die Bestimmung der Richtung wichtige Rolle zugestanden worden sei. Das sei ein bedeutender Unterschied zur Situation in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als die Konflikte im Bündnis und der Ausstieg von Rifondazione 1998 zum Sturz der ersten Regierung Prodi führten. Außerdem sei der Präsident der Abgeordnetenversammlung kein bloßer Notar der parlamentarischen Arbeiten, sondern habe im letzten Jahrzehnt eine markante politische Funktion gewonnen. Von dieser Position aus könne man „viel tun, um Entscheidungen, Prioritäten und das, was politisch in den Mittelpunkt rückt, zu bestimmen“. Gerade angesichts des „demokratischen Notstands“ der staatlichen Institutionen könne der Präsident einen Prozess in Gang setzen, der ein neues Verhältnis zwischen Institutionen, Gesellschaft und Bewegungen bewirke.

Es gibt aber auch Kritik von links an Bertinottis Kandidatur für das Präsidentenamt. Kommentatoren in der Zeitung il manifesto halten sie in dieser Situation für falsch. Dafür sei Bertinotti nicht gewählt worden. Und er werde sich in dieser Funktion zwangsläufig im Parlament und in der Öffentlichkeit politisch zurückhalten müssen und könne nicht mehr der Motor für Bewegung nach links in der Regierungskoalition sein. Dabei sei es gerade nach dem äußerst knappen Wahlergebnis jetzt wichtig, dass die neue Regierung rasch Alternativen zum „Berlusconismus“ in Angriff nehme. Nur so könne sie bei ihrem hauchdünnen Stimmenvorsprung in der Gesellschaft weitergehende Unterstützung finden und Boden gut machen.

rok

Dringt die Nato weiter gen Osten vor?

Das jüngste Treffen der Nato-Außenminister in Sofia, Bulgarien, viert eine Entscheidung über neuerliche Erweiterung des Militärbündnisses für 2008 an. Um die Mitgliedschaft bewerben sich Kroatien, Mazedonien, Albanien, die Ukraine und Georgien. Als sicher gilt die Aufnahme Kroatiens, die 2008 nach dem Wunsch insbesondere der USA gemeinsam mit der Aufnahme Mazedoniens und womöglich Albaniens vollzogen werden soll. Für diese drei Länder gibt es bereits den Mitgliedschaftsaktionsplan. „Überwiegend“, wie es heißt, bestehe nun auch die Bereitschaft, die Ukraine auf dem nächsten Treffen im November in Riga in den „Aktionsplan“ aufzunehmen. Mit dieser halben Zusage wird gezielt der Druck in Richtung „Reformen“, die die Ukraine stärker an den Westen binden, verstärkt. Bedenken äußern derzeit noch vier Länder: die BR Deutschland, Frankreich, Belgien und Spanien. (Quelle: DW, KstA)

Zukünftig US-Stützpunkte in Bulgarien

Die USA und Bulgarien haben am Rande des Nato-Außenministertreffen ein Abkommen unterzeichnet, das den USA das Recht auf drei Militärstützpunkte und eine Lagereinrichtung in Bulgarien einräumt. Bei den Stützpunkten handelt es sich um zwei Militärflughäfen und ein Truppenübungsplatz. Sie sollen den Transfer von US-Truppen in Krisengebiete im Nahen und Mittleren Osten sowie nach Zentralasien ermöglichen und bis zu 2.500 Soldaten aufnehmen. Zum ersten Mal in der neueren Geschichte kommen damit fremde Truppen auf bulgarisches Territorium. Während der Zeit des Warschauer Paktes waren keine Soldaten der Mitgliedsstaaten in Bulgarien stationiert. Die sozialistische Regierung unterzeichnete das Abkommen, ohne ihre wichtigsten Forderungen durchsetzen zu können. Ursprünglich hatte sie ein Vetorecht für die Entsendung von Truppen in Drittländer gefordert. Auch verlangte sie das Recht, US-Armeeangehörige, die bulgarisches Recht brechen, vor bulgarische Gerichte stellen zu können. Beides lehnten die USA ab und setzten sich durch. Für die Regierung standen vor allem wirtschaftliche Vorteile im Vordergrund. Die überalterten Stützpunkte bleiben zwar in bulgarischer Hand, werden aber für zehn Jahre vermietet und von den USA renoviert. Ein Nato-Sprecher kommentierte das Abkommen mit den Worten: „Dieses Abkommen verbessert die Verteidigungsstellung der Nato.“ (Quelle: ND)

Zusammenstellung: scc



Die USA erleben die größte Demonstrationswelle in ihrer Geschichte. Nach mehreren Aktionstagen im März und April mit Millionen Teilnehmern versammelten sich am 1. Mai – in den USA kein arbeitsfreier Tag – erneut mehrere Millionen Menschen gegen die Verschärfung der Einwanderungsgesetzgebung. Eine halbe Million waren es nach den vielleicht etwas zu hohen Angaben der Veranstalter in Los Angeles und New York (Bild: Block der Straßenverkäufer), 700.000 in Chicago, Demonstrationen fanden in mit großer Beteiligung in mehreren Dutzend Städten statt. Bei St. Ysidro nahe San Diego blockierten Demonstranten von beiden Seiten die US-mexikanische Grenze. Die Einwandererorganisationen hatten zugleich zu einem „Tag ohne Immigranten“, also zu einem Streik aufgerufen, dem allein in New York rund 1 Millionen, Arbeiter, Geschäftsleute und Schüler folgten. Stärker noch als bei den Großdemonstrationen der letzten Monaten beteiligten sich auch Einwanderer aus arabischen und asiatischen Ländern. (Quelle, Bild: Indymedia USA)

China: Diskussion über Stärkung der Rechte ländlicher Wanderarbeiter

Die Land-Stadt-Migration und damit verbunden die Urbanisierung hat in den letzten Jahren gewaltige Ausmaße angenommen. Bis 2050 wird die städtische Bevölkerung auf 600 Millionen anwachsen. Chinesischen Quellen zufolge arbeiten heute bereits 200 Millionen ländliche Wanderarbeiter in den Städten; 68% der Industriearbeiter und 80% der Bauarbeiter kommen vom Land. Viele der Wanderarbeiter arbeiten zu deutlich niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen als ihre städtischen Kollegen. Sie sind meist von Sozialleistungen wie Renten abgeschnitten, erhalten keine medizinische Versorgung, obwohl die Unfallrate bei den Wanderarbeitern besonders hoch ist, die Kinder der Wanderarbeiter haben kein Recht auf Schulbesuch. China Daily lässt am 1. Mai mehrere Arbeiter zu Wort kommen, die z.B. die wenigen Urlaubstage ohne zusätzlichen Lohn durcharbeiten müssen und je nach Lage geheuert und gefeuert werden. Das Blatt zitiert „Experten“, die dringend von „Regierung und Gesellschaft“ die Verbesserung der Lage der ländlichen Wanderarbeiter einfordern. (Quelle: China Daily, 1.5.)

Vogelgrippe gefährdet Existenz der Beschäftigten in der Geflügelindustrie Asiens

Die IUL, der Internationale Gewerkschaftsverband im Bereich der NGG, weist wiederholt auf die dramatischen Folgen der Vogelgrippe für die Beschäftigten in der Geflügelindustrie vor allem in Asien hin. In Indonesien z.B. haben bereits 20% der in der Geflügelindustrie fest angestellten Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verloren – in einem Land, in dem keine soziale Absicherung vorgesehen ist. Außerdem gibt es Schätzungen, wonach in den südostasiatischen Ländern, die von dem Virus betroffen sind, zwischen einem Drittel und der Hälfte der Bevölkerungen zumindest einen Teil ihres Lebensunterhaltes aus der Geflügelproduktion beziehen. Für viele tausend arbeitslos gewordene und unterbeschäftigte Arbeitnehmer und ihre Gemeinden sei, so die IUL, die Ausbreitung des H5N1-Virus längst zu einer sozialen Katastrophe ersten Ranges geworden. Programme, mit denen die Betroffenen für den Verlust ihrer Arbeit und ihres Lebensunterhaltes entschädigt werden, gibt es nicht. Die IUL fragt fordernd, wo die Internationale Arbeitsorganisation bleibt. (Quelle: www.iuf.org/de)

HAMBURG: Anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) am 4./5. Mai in Garmisch-Partenkirchen hatten Flüchtlinge, MigrantInnen und Unterstützerorganisationen u.a. in Hamburg (Bild unten), Potsdam/Berlin, Köln, Göttingen, Erfurt, Herne, Nürnberg, Wiesbaden (Bilder oben) am 22. April zu einem Aktionstag für ein bedingungsloses Bleiberecht und Bewegungsfreiheit aufgerufen. Am 3. Mai findet eine internationale Demonstration in München dazu statt. Die IMK entscheidet als maßgebliche Instanz darüber, ob Flüchtlinge hier bleiben können oder nicht. Auch diesmal steht die Beratung über ein Bleiberecht für langjährig „geduldete“ Flüchtlinge auf der Tagesordnung. 200.000 Menschen leben bundesweit mit einer „Duldung“, davon sehr viele hier geborene und/oder aufgewachsene Kinder und Jugendliche. „Geduldete“ können jederzeit abgeschoben werden, und jedes Jahr werden Zehntausende aus Deutschland auch tatsächlich abgeschoben! www.fluechtlingsrat-hamburg.de – www.fr-hessen.de – www.hier.geblieben.net



Am 3. Juni in Berlin: Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg

BERLIN. Die Vorbereitungen für die geplante bundesweite Demonstration am 3. Juni in Berlin laufen auf Hochtouren, um eine Woche vor Beginn der Fußball-WM gegen den sozialpolitischen Kahl Schlag der großen Koalition entschlossenen Protest zu zeigen. „Wir wissen nicht, ob es sich unsere Regierung noch lange leisten kann, ihre Reformen ausschließlich gegen Arbeitnehmer, Rentner und Erwerbslose voran zu treiben. Emotional ist die Stimmung unter den zahlreichen Betroffenen mittlerweile auf einen Tiefstand gesunken und wir sehen Anzeichen dafür, dass diese entschlossen sind, dem französischen Beispiel zu folgen und ihren Unmut darüber zu zeigen. Wir fordern alle Menschen auf, ihre Solidarität an diesem Tag auf der Straße zu bezeugen. Die Anzahl der Menschen ist entscheidend, wenn wir den Kurs der Regierung aufhalten wollen. Die Franzosen zeigen, dass sie nicht bereit sind der uneingeschränkten Wirtschaftsliberalisierung als Opfer zu dienen“, so Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland. Das Bündnis für die Vorbereitung der bundesweiten Demonstration am 3.06. in Berlin teilt mit, dass auf den Webseiten Mobilisierungsmaterial und zahlreiche Informationen abzurufen sind. „Wir appellieren an die Gewerkschaften und die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, ebenfalls diese Demonstration zu unterstützen. Es reicht nicht mehr, dass nur Erklärungen abgegeben werden, die Unzumutbarkeit des Sozialabbaus zu kritisieren“, so Andrej Hunko vom Anti-Kriegs-Bündnis Aachen. Der Protest richtet sich auch gegen die innere Aufrüstung (geplanter Einsatz von bis zu 7.000 Soldaten während der WM) und die drohende Kriegs-

gefahr (Iran), welche durch die Bundesregierung mit forciert wird.

www.protest2006.de
www.erwerbslosenforum.de

20 Jahre nach Tschernobyl-Katastrophe – Atomkraftwerke abschalten!

KARLSRUHE. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) demonstrierte vor der Energie Baden-Württemberg (EnBW), der Betreiberin der Atomkraftwerke (AKW) Philippsburg und Neckarwestheim, für eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Anlass für die Aktion war der 20. Jahrestag des Super-GAU's im AKW Tschernobyl (26.4.06). Unter dem Motto „Nie wieder Tschernobyl – EnBW raus aus der Atomkraft!“ stellten die Aktivisten ein drei Meter hohes Atomkraftwerk auf und trugen symbolisch den Atom Müll zum Konzern zurück. Bei ihrer Protestkundgebung erklärte Dr. Brigitte Dahlbender, Vorsitzende des BUND-Landesverbands Baden-Württemberg: „Wir fordern die EnBW auf, sich schnell aus der Atomkraft zurückzuziehen. Die EnBW hat mit der Bundesregierung im Atomkonsens ver-

einbart, Neckarwestheim I 2008/2009 vom Netz zu nehmen. Statt die Vereinbarung einzuhalten, setzt sich Utz Claassen nun massiv für längere Laufzeiten ein. Die EnBW hat sechs Jahre ungenutzt verstreichen lassen, statt für einen Ersatz des Atomreaktors zu sorgen und hintergeht damit die Bevölkerung. Sowohl die Landesregierung als auch die EnBW müssen sich viel stärker für eine sichere und klimaschonende Energieversorgung einsetzen und erneuerbare Energien sowie effiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen fördern.“ <http://vorort.bund.net/bawue>

Proteste gegen Nazis am 1. Mai in Leipzig, Rostock und Heppenheim

LEIPZIG/ROSTOCK/HEPPENHEIM. Am 1. Mai 2006 beteiligten sich 12.000 Menschen in Leipzig an den Protesten gegen die Neonazis. Diese planten einen Sternmarsch durch Leipzig Richtung Connewitz. Die erste Nazidemonstration war schon gegen 12 Uhr blockiert und konnte gar nicht erst starten. Die zweite Demonstration wurde auch bereits frühzeitig blockiert, woraufhin diese umgeleitet werden musste. Sie konnte nur mit einem massivem Polizeiaufgebot durchgesetzt werden.

Mehr als 2.000 Antifaschisten haben in Rostock erfolgreich eine Demonstration gegen einen geplanten NPD-Großaufmarsch veranstaltet. Die Demonstration schloss sich überraschend einer Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbunds an, einen gemeinsamen Zug zu veranstalten. Dem Antifa-Bündnis war die ursprünglich geplante Route größtenteils verboten worden, die Polizei bereitete sich erkennbar auf Eskalation vor, sie führte nach Abschluss der Demo auch brutale Einsätze durch. Rund 4.000 Beamte waren im Einsatz und machten Rostock zu einer Art Geisterstadt.



In Heppenheim gingen rund 700 Menschen auf die Straße. Der Aufmarsch von fast 400 Neonazis aus dem südwestdeutschen Raum konnte aufgrund eines massiven Polizeigebots fast gar nicht behindert werden. Dennoch gab es einige gute Aktionen.

www.links-lang.de
<http://de.indymedia.org>

Neonazi-Kundgebung am 8. Mai in München muss verboten werden!

MÜNCHEN. Der neonazistische Gewalttäter Norman Bordin hat am 8. Mai auf dem Münchner Marienplatz eine Kundgebung angemeldet, die nach bisherigen Informationen aus dem Kreisverwaltungsreferat genehmigt werden wird. Gleichzeitig findet im Alten Rathaus, gleichfalls am Marienplatz, eine Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Münchens statt, bei der auch der israelische Botschafter anwesend sein wird. Die Nazi-Kundgebung muss als Gegenkundgebung zu dieser Festveranstaltung beurteilt werden. Dadurch werden Völkerverständigung und Völkerefreundschaft beschädigt, die Nazi-Veranstaltung muss verboten werden.

Nach einer entsprechenden Forderung der Linkspartei.PDS im Stadtrat hat der Kreisverwaltungsreferent geäußert, dass ein Verbot vor Gericht wohl keinen Bestand haben werde, dass seine Behörde aber versuchen wird, die Nazi-Kundgebung an einen anderen Ort zu verlegen.

Gleichzeitig findet am 2. Mai ein Prozess gegen Claus Schreer und Siegfried Benker statt, die vor zwei Jahren die „Veranstalter“ einer nicht angemeldeten Kundgebung gegen einen Naziaufmarsch gewesen sein sollen. Damals hatte einige hundert MünchnerInnen den Demonstrationszug begleitet und ihr Missfallen u.a. mit dem Hochhalten von „Roten Karten“ bekundet. Durch ihre Aufforderung, sich an den Protesten zu beteiligen, seien die beiden die Veranstalter dieser nicht angemeldeten Kundgebung. Dazu Siggie Benker: „Die Staatsanwaltschaft München geht davon aus, dass jeglicher Protest gegen Neonazis automatisch eine Versammlung darstellt. Und da diese nicht angemeldet ist, macht sich strafbar, wer daran teilnimmt. Und wenn sie angemeldet würde, würde sie verboten – und die Teilnahme an verbotenen Versammlungen ist logischerweise auch verboten. Wer vor Ort gegen Neonazis protestiert, macht sich also immer strafbar.“

Zu diesem Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei passt die Haltung des KVR: Wenn nicht immer die „Linken“ gegen die Neonazis demonstrieren würden, würde niemand die Nazis bemerken. Der zugehörige Ermittlungseifer hat also durchaus Methode.

Friedensbewegung protestiert gegen neue Korvette der deutschen Marine

HAMBURG. Angesichts der Taufe der ersten Korvette der Braunschweig-Klasse bei Blohm + Voss am 19. April in Hamburg erklären die Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag Lühr Henken (Hamburg) und Peter Strutynski (Kassel): „Wir stellen fest: Mit Korvetten können militärische Landoperationen von See aus vorbereitet und unterstützt werden. Die Bundesregierung verschafft sich so den Hebel, um diplomatisch vorgetragene Ansprüche und politischen Ambitionen – inklusive wirtschaftlicher Interessen – den nötigen ‚Nachdruck‘ zu verleihen. Wir befürchten: Erst Korvetten ermöglichen das, was am besten mit dem Begriff ‚Kanonenbootpolitik‘ beschrieben werden kann; eine Kanonenbootpolitik im Interesse der deutschen Wirtschaft – und das weltweit. Die NATO-Staaten verfügen insgesamt bereits über 343 Überwasserkampfschiffe; die nächstgrößten Flotten haben Russland mit 66 und China mit 63 Überwasserkampfeinheiten (Quelle: The Military Balance 2005/2006). Der deutsche Korvettenbau verschlingt zwischen 2002 und 2008 annähernd 1 Mrd. Euro, die Marschflugkörper zusätzlich 215 Mio. Wir behaupten: Der deutsche Korvettenbau ist mit dem Verteidigungsauftrag der Bundeswehr unvereinbar, infolge dessen militärisch unbegründet, daher vollkommen überflüssig und stellt eine immense Verschwendung öffentlicher Mittel dar.“

Behinderte fordern Leben in der Gemeinde statt in Sondereinrichtungen

JENA/KASSEL. Im Vorfeld des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung behinderter Menschen am 5. Mai fordert der Behindertenverband Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL) eine radikale Umkehr in der Behindertenpolitik. Statt der immer noch weit verbreiteten „Unterbringung“ behinderter Menschen in Sondereinrichtungen müsse das „Leben“ behinderter Menschen in der Gemeinde gezielt gefördert werden. Den vielen schönen Worten für die ambulante statt der stationären Unterstützung behinderter Menschen müssten endlich konkrete Taten folgen, statt ständig steigender Einrichtungszahlen. Ein Stopp für neue Einrichtungplätze und ein konsequenter Ausbau ambulanter Alternativen seien auch in Deutschland längst überfällig. Der Gesellschaft würde es daher gut anstehen, einmal genauer hinter die Mauern der Aussonderungseinrichtungen zu schauen und sich zu überlegen, ob man selbst so wohnen wolle. Dann wäre es der Politik vielleicht auch endlich möglich, den Abbau von Sondereinrichtungen

und die Schaffung von akzeptablen Alternativen für ein Leben in der Gemeinde zu schaffen. www.isl-ev.de



VCD-Aktion „Frisch gestrichen“ gegen Kürzungen im Nahverkehr

BERLIN. Die Bundesregierung hat im Februar 2006 beschlossen, die Finanzmittel für Busse und Bahnen, die so genannten Regionalisierungsmittel, bis 2009 um rund acht Prozent zu kürzen. Damit würden den Ländern etwa 2,3 Milliarden Euro weniger für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stehen. Mit der Postkarte „Frisch gestrichen!“ fordert der Verkehrsclub Deutschland (VCD) den verantwortlichen Finanzminister Peer Steinbrück auf, die Kürzungspläne zu begraben und einen zukunftsfähigen Nahverkehr zu erhalten.

www.vcd.org

6. Mai: Aktionstag für die sofortige Anklageerhebung gegen NS-Täter

DÜSSELDORF. Am Samstag vor dem 8. Mai planen regionale Initiativen einen gemeinsamen Aktionstag in Hamburg, Wollin/Brandenburg, Düsseldorf, Krefeld, Freiberg, Ortenberg/Frankfurt und Rümmlingen/Freiburg. In all diesen Orten leben ehemalige Angehörige der 16. SS-Panzergrenadier-Division, die 2005 in Italien als Kriegsverbrecher zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden sind. Am 8. Mai wird vor der zuständigen Staatsanwaltschaft in Stuttgart einfordern, dass die längst überfälligen Strafverfahren gegen Kriegsverbrecher schleunigst eröffnet werden. In den Aufruf heißt es: „Während in Italien in der Zwischenzeit weitere Prozesse wegen Massakern an der Zivilbevölkerung eröffnet wurden, will die Staatsanwaltschaft in Stuttgart im Fall von Sant’Anna einfach keine Anklage erheben. Die deutschen Ermittler betrachten das Massaker als Totschlag, der verjährt wäre, und nicht als Mord, wie das italienische Gericht festgestellt hat. Dieser Totschlagargumentation gilt es öffentlich entgegenzutreten, um die Forderung der Überlebenden und Hinterbliebenen des Massakers nach Gerechtigkeit endlich durchzusetzen: Die verantwortlichen Täter müssen endlich auch in Deutschland vor Gericht gestellt werden!“

Aktuelle Informationen unter www.partigiani.de

Zusammenstellung: baf

Gemeinsame Erklärung von fünf Beratungsprojekten für Opfer rechter Gewalt (28.4.2006)

Angeichts der anhaltenden Diskussionen darüber, wann eine Gewalttat politisch rechts oder rassistisch motiviert ist, erklären fünf Beratungsprojekte für Opfer rechter Gewalt in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt:

Es ist eine politische Frage des Wahrnehmen-Wollens oder des Verharmlosen-Wollens, rechte Gewalt beim Namen zu nennen. Denn seit dem Jahr 2001 ist auch bundesweit einheitlich geregelt, in welchen Fällen eine Gewalttat als „politisch rechts motiviert“ einzuordnen ist:

Der politisch rechts motivierten Kriminalität werden Straf- und Gewalttaten zugeordnet, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehör-



rigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.“ (Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 2002, H. 5, S.325-340) Aus der Sprache der Sicherheitsbehörden in den Alltag übersetzt, heißt das: Wenn ein Obdachloser von einer Jugendclique als „Scheiß-Assi“ bezeichnet und geschlagen wird, wenn ein Punk von Rechten als „Zecke“ beschimpft und angegriffen wird, oder wenn ein Afrodeutscher als „Nigger“ beleidigt und dann zusammengeschlagen wird, gelten diese Gewalttaten als

politisch rechts motiviert. Mit der Reform, die von allen Innenministern – auch von Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm – gemeinsam beschlossen wurde, sollte den Defiziten in der staatlichen Wahrnehmung rechter und rassistischer Gewalt in den 1990er Jahren Rechnung getragen werden. Das Ziel war es, die Wirklichkeit in den alten und neuen Bundesländern erfassen zu können.

Die Realität ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass Afrodeutsche, Flüchtlinge und MigrantInnen auf offener Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln zusammengeschlagen werden. Die Täterinnen und Täter fühlen sich durch rassistische, minderheitenfeindliche Diskurse legitimiert, als „Vollstrecker des Volksempfindens“ zuzuschlagen. Die wenigsten Täter und Täterinnen sind Mitglieder der NPD oder einer neonazistischen Organisation. Auch die Annahme, dass alle Täter Jugendliche seien, ist falsch. Sie sprechen ihren Opfern mit Gewalt die Menschenwürde und das Recht auf körperliche Unversehrtheit ab, allein weil diese vermeintlich oder tatsächlich nicht-deutscher Herkunft sind oder weil sie ihnen nach sozialdarwinistischen Kriterien als „unwert“ gelten. Rechte Gewalt hat in den vergangenen 15 Jahren tiefe Spuren hinterlassen. Die Traumatisierung der Hinterbliebenen und Freunde der Getöteten; viele für ihr Leben beeinträchtigte und verletzte Menschen; Ehepartner, die ihre Lieben nicht vor rassistischer Diskriminierung und Gewalt bewahren können; Eltern, die ohnmächtig mit ansehen müssen, wie ihre Kinder auf der Straße und in der Schule von neonazistischen Schlägern bedroht werden – Die Zahl derer, die von rechter Gewalt betroffen sind, geht weit über die Statistiken hinaus. Die fatalen Konsequenzen der Verharmlosung rechter Gewalt sind tagtäglich spürbar. Diese Verharmlosung stützt die Täter und lässt die Betroffenen schutzlos zurück. Die Beratungsprojekte für Betroffene rechter Gewalt setzen sich dafür ein, dass die Perspektive der Opfer in der gesellschaftlichen Diskussion wahrgenommen wird und die Solidarisierung mit den Betroffenen an die Stelle von Imagepflege und Kompetenzgerangel tritt.

AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V. (Sachsen) www.amal-sachsen.de
LOBBi e.V. (Mecklenburg-Vorpommern) www.lobbi-mv.de
Opferperspektive e.V. (Brandenburg), www.opferperspektive.de
Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt bei Miteinander e.V. (Sachsen-Anhalt), www.mobile-opferberatung.de
ReachOut (Berlin) www.reachoutberlin.de



AKTIONCOURAGE – SOS Rassismus

Geplantes NRW-Schulgesetz gefährdet Integration

Die im Entwurf des neuen NRW-Schulgesetzes vorgesehene Aufhebung der Schuleinzugsbezirke ist nach Einschätzung von AKTIONCOURAGE – SOS Rassismus integrationsfeindlich. Auf diesen in der öffentlichen Diskussion über den umstrittenen Entwurf der Landesregierung bisher unbeachtet gebliebenen Aspekt wies Bernhard von Grünberg, Vorsitzender des in Bonn ansässigen Vereins, der sich um die Integration von Menschen ausländischer Herkunft kümmert, jetzt in einem Schreiben an NRW-Integrationsminister Armin Laschet hin.

Die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke würde in Stadtteilen mit hohen Ausländeranteilen aller Voraussicht nach dazu führen, dass deutsche Eltern ihre Kinder von Schulen mit hohen Anteilen an Kindern mit Migrationshintergrund nehmen würden, mit der Folge, dass es in diesen Schulen keine deutschstämmigen Kinder mehr gäbe. Da über alle Parteigrenzen hinweg grosse Einigkeit darüber bestehe, dass Integrationsbemühungen bereits in der Kindheit ansetzen müssten, sollten die Schuleinzugsbezirke beibehalten werden. Es sei integrationspolitisch nicht nur wichtig, dass deutschstämmige Kinder schon im Kindergarten mit Kindern ausländischer Herkunft zusammen spielten. Sie sollten auch in den Schulklassen zusammen sitzen.

Sollte es bei der geplanten Aufhebung der Einzugsbezirke bleiben, müsse durch Erlasse sichergestellt werden, dass die beschriebenen integrationsfeindlichen Folgen vermieden werden. Der erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik Heinz Kühn habe bereits 1979 in seinem auch heute noch sehr lesenswerten Memorandum zu Integration gefordert, bei unvertretbar hohen Ausländeranteilen in einzelnen Schulen notfalls Verlagerungsmöglichkeiten auch über Schulbezirksgrenzen hinaus auszuschöpfen. „Freie Schulpflicht darf nicht dazu führen, dass ganzen Jahrgängen Zukunftschancen verbaute werden. Die Verteilung muß daher so erfolgen, dass sich Kinder mit Migrationshintergrund nicht als Verlierer abgestempelt sehen“, betonte von Grünberg. www.aktioncourage.org

Mieterbund warnt vor REITs: HAMBURG. Der Deutsche Mieterbund hat vehement vor der Einführung börsennotierter Immobilien-Investmentgesellschaften (REITs) gewarnt. Die Verlierer bei solch aggressiven Investments seien die Mieter und die Städte, sagte der Bundesdirektor der Vereinigung, F.-G. Rips, im Deutschlandradio Kultur. Die Wohnimmobilienlandschaft werde sich deutlich verschlechtern. Vor allem befürchtet er Mietsteigerungen, denn das Management dieser Investmentgesellschaften stehe unter dem Druck, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Zudem seien REITs weniger darauf aus, nachhaltig und dauerhaft die Wohnungsbestände in Ordnung zu halten. Bisher habe man in Deutschland Immobilienunternehmen gehabt, die Wohnungen langfristig gehalten hätten. „Wir sind jetzt auf dem Weg zum Immobilienhandel, wo mit Wohnungen genauso gehandelt wird wie mit Autos, Kühlschränken und anderen Waren.“ Letztlich sei es eine politische Entscheidung, ob Reits eingeführt würden. Rips: „Wir setzen darauf, dass zumindest Wohnimmobilien nicht für Reits zugelassen werden.“ In Deutschland sollten Real Estate Investment Trusts (REITs) ursprünglich zum Jahresanfang gesetzlich zugelassen werden, wegen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der großen Koalition geriet dieser Prozess jedoch ins Stocken.

Handelsblatt, 9.4.2006

Soll SAGA/GWG 2008 verkauft werden? HAMBURG. Wie der Verein „Mieter helfen Mietern“ mitteilt, wird in einer Branchenstudie Immobilien der HSH Nordbank (ehem. Hamburger Landesbank) vom Oktober 2005 der Verkauf der Städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA/GWG mit 135.000 Wohnungen für 2008 anvisiert. Seit der Veröffentlichung einer „Giftliste“ von Finanzsenator Peiner ist dieser Verkauf als Option des CDU-Senats bekannt. Bei der Übernahme der GWG durch die SAGA im Dezember 2005 hatte der Senat noch betont, „die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt nicht an Dritte zu verkaufen“. Die HSH Nordbank hat bereits 29.000 Wohnungen der Berliner Gehag in Etappen aufgekauft und dann für 900 Mio. Euro an die amerikanische Oaktree Capital Management Investmentgesellschaft weiterverkauft. In ihrer Studie tritt sie für „German REITs“ ein und prognostiziert gute Renditemöglichkeiten auf dem Wohnimmobilienmarkt: „Auf dem Wohnungsmarkt sollte die wachsende Zahl der Haushalte bis etwa 2020 für eine steigende Nachfrage sorgen. Sie wird sich aber auf die attraktiven Metropolregionen konzentrieren, die vom Zuzug der Menschen aus den schwächeren Räumen

profitieren.“ Von den ca. 23,6 Mio. Mietwohnungen in Deutschland gehören rd. 3,1 Mio. kommunalen und sonstigen öffentlichen Wohnungsgesellschaften. Sie sind ins Visier von internationalen Fonds und Kapitalgesellschaften wie Annington, Fortress, Cerberus oder Corpus geraten, die allein im Jahre 2005 mehr als 200.000 Wohnungen gekauft haben. Inzwischen ist die Dresdener kommunale Wohnungsgesellschaft mit 48.000 Einheiten über den Tisch gegangen. Um mehr als 100.000 LEG-Wohnungen geht es in Nordrhein-Westfalen. (MHM, DMB, HSH Nordbank).

Tritt Freiburg in die Fußstapfen Dresdens? FREIBURG. Wegen der dramatischen Haushaltslage schlägt Freiburgs Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) dem Gemeinderat vor, städtische Wohnungen sowie die Freiburger Stadtbau (FSB) mit ihrem Wohnungsbestand zu verkaufen. Daran müsse ein „bestmöglicher Schutz“ der MieterInnen „unabdingbar gekoppelt“ sein. Am 4. Juli soll der Grundsatzbeschluss gefällt und bei einem positiven Votum ein Bieterverfahren mit einem externen Berater eingeleitet werden. In etwa einem Jahr könne dann über einen Verkauf definitiv entschieden werden.

In der fünfseitigen Mitteilung wird auch die Haushaltslage geschildert: „Die Allgemeine Rücklage im Haushalt ist 2006 vollständig aufgezehrt; die Stadt verfügt über keine Reserven mehr, um die immer größer werdende Deckungslücke zwischen sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben zu schließen.“ Derzeit beträgt der Schuldenstand 320 Mio. Euro, er werde bis Ende 2006 auf ca. 344 Mio. Euro, bis Ende 2007 auf ca. 360 Mio. Euro anwachsen. Mit dem Verkaufserlös soll die Verschuldung möglichst vollständig abgebaut und die Aufnahme neuer Schulden für mindestens zehn Jahre ausgeschlossen werden. Die Zahl der zu veräußernden Wohnungen liegt bei maximal 8.900; insgesamt gibt es im Stadtkreis Freiburg ca. 102.000 Wohnungen (2/3 davon Mietwohnungen). Von den ca. 13.000 Wohnungen mit Belegungsrechten befindet sich etwa die Hälfte im Besitz nichtstädtischer Wohnungsbau-träger. www.kommunale-info.de

ARGE muss Wohnungsmarkt genauer prüfen: BONN. Hartz IV-Empfänger müssen nun nicht mehr direkt mit einem Auszug aus der Wohnung rechnen, weil die Mietkosten zu teuer sind. In einem Eilverfahren hat das Sozialgericht Köln in der Frage nach „angemessener Miete“ neue Richtlinien verhängt. Bevor die Miete reduziert wird, müssen Städte, Gemeinden und ARGE zuerst prüfen, ob überhaupt günstigere Wohnungen zur Verfügung stehen. Ist dies

nicht der Fall, muss die tatsächliche Miete übernommen werden, so der Beschluss des Sozialgerichts. Der Hauptgeschäftsführer des Mietervereins Bonn, Bernhard von Grünberg sagte, in Bonn seien zurzeit etwa 20.000 Menschen von den Hartz IV-Regelungen betroffen. Viele Hartz IV-Empfänger litten bisher darunter, dass die Miete so niedrig angesetzt wurde, dass eine Wohnung zum „angemessenen“ Mietsatz gar nicht zu finden war. So liegt die Miete in den ehemals städtischen Wohnungen in Auerberg, die als besonders günstig gelten, inzwischen schon bei 7,20 Euro pro Quadratmeter. Die Stadt akzeptiere aber nur eine Durchschnittsmiete von 5,10 Euro pro Quadratmeter. Für einen Alleinstehenden gilt eine Wohnung von bis zu 45 Quadratmetern als angemessen. Solche kleinen Wohnungen seien in Bonn aber kaum zu finden, so Grünberg. *Kölner Stadtanzeiger 21. 4. 06*

CDU und FDP verhindern Mindeststandards bei Auftragsvergabe: BERLIN. Die PIN AG ist in letzter Zeit in die Schlagzeilen geraten. Die Dumping-Preise – 7 Cent Portoermäßigung pro Brief gegenüber der Deutschen Post – lässt das Unternehmen seine Mitarbeiter/innen und die Solidargemeinschaft der Beitragszahler teuer bezahlen. Ein Stundenlohn von 5,86 Euro ist nicht existenzsichernd, so dass mehrere Angestellte der PIN AG bereits ergänzende Hilfen bei den Arbeitsagenturen beantragen mussten. 21 Urlaubstage im Jahr sind bei einer Sechstageswoche rechtswidrig. Das Sündenregister des Unternehmens lässt sich beliebig fortsetzen. Viele Leistungen liegen unter dem Tarifvertrag im Zustellergewerbe.

Da das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf einen Teil seiner Post mit der PIN AG verschickt, hat Sieglinde Wagner, Bezirksverordnete, Die Linke.PDS, in die letzte Bezirksverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht: „Das Bezirksamt erarbeitet einen Kriterienkatalog, der bei der Vergabe von bezirklichen Leistungen an externe Leistungsanbieter von diesen zu erfüllen ist. Der Katalog beinhaltet Kriterien wie die Tariftreue z.B. die Zahlung von ortsüblichen Löhnen und Gehältern, Überstundenvergütungen und Schichtzulagen, die Einhaltung von Urlaubsansprüchen und die Bereitstellung einer angemessenen Zahl von Ausbildungsplätzen.“

Der Antrag war den bezirklichen Mehrheiten von CDU und FDP keine Diskussion wert.

Der Antrag wurde mit 25 zu 23 Stimmen abgelehnt. *S.W./rül*

Zusammenstellung: ulj

Der DGB hat in diesem Jahr eine programmatische, in die Zukunft weisende Losung aufgestellt, die das politische Gut der Menschenwürde mit der Gewährleistung materieller Lebensbedingungen konkret verknüpfen will. Es folgen Ausführungen auf der Webseite des DGB.

Der Begriff der Würde

„Würde“ (von althochdeutsch *wirdi*; mittelhochdeutsch *wirde*) ist sprachgeschichtlich verwandt mit dem Wort „Wert“ und bezeichnete anfänglich den Rang, die Ehre, das Verdienst oder das Ansehen einer Person.

Laut Lexikon „*Brockhaus*“ ist Würde „die einem Menschen kraft seines inneren Wertes zukommende Bedeutung“. Als erster hat den Begriff der „Würde des Menschen“ der *Renaissance-Philosoph Giovanni Pico della Mirandola* formuliert. Demzufolge liegt die Natur des Menschen darin, dass er die Freiheit hat, sein Wesen selber zu schaffen.

Der Philosoph *Immanuel Kant* sprach von einer universellen Würde, die jedem einzelnen Menschen innewohne. „Der Mensch ehrt die Würde der Menschheit in seiner eigenen Person, hat Anspruch darauf, dass die Menschheit in seiner Person die Achtung der anderen Menschen erfährt und ist seinerseits dazu verpflichtet, die Menschheit im ‚Nächsten‘ zu achten...“

Die Würde im Recht

In Art. 1. der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948 heißt es: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

Art 1. des deutschen *Grundgesetzes* (GG) lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Die Würde des Menschen „ist oberster Wert des Grundgesetzes“ (Bundesverfassungsgericht/BverfGE 54,148). „Sie ist stark von der Achtung eines selbst bestimmten Lebensentwurfs und einem Mindestmaß an Solidarität geprägt“ (BverfGE 4,7 15f) und schützt den „sozialen Geltungsanspruch des Einzelnen“. „Der Staat ist als Solidargemeinschaft verantwortlich für die materiellen Bedingungen menschenwürdiger Existenz“ (Maunz-Düring, Grundgesetzkommentar, Febr. 2005). Die Menschenwürde wird auch dann verletzt, „wenn Menschen extremen Arbeitsbelastungen ausgesetzt werden.“ (Bundesarbeitsgericht/BAGE 38, 80f)

Die Würde wird angetastet

Selbst Arbeit schützt nicht mehr vor Armut. Mehr als zweieinhalb Millionen

Menschen arbeiten zu Armutslöhnen (weniger als die Hälfte des Durchschnittslohns, also weniger als 1442 Euro brutto). Weitere fünf Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Die Löhne werden immer weiter gedrückt, mit der Drohung, andernfalls die Beschäftigten zu entlassen. Selbst profitable Betriebe entlassen Mitarbeiter zu Tausenden wie AEG, Continental, Telekom, Deutsche Bank. Dazu kommt die Angst, in Hartz IV abzurutschen und damit praktisch in die Sozialhilfe. Die drohende Einschränkung des Kündigungsschutzes trägt ihren Teil dazu bei. Und auch die Rente wird gekürzt mit der Folge immer größerer Altersarmut. Und das alles vor dem Hintergrund, dass die Einkommen aus Kapital und Vermögen sowie die Managergehälter rasant wachsen. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. All das trägt dazu bei, dass die Würde des Menschen zunehmend ange-tastet wird.

Den Mensch in den Mittelpunkt stellen

Anonyme Kapitalanleger entscheiden über Wohl und Wehe von Tausenden von Arbeitnehmern. Wenn Beschäftigte entlassen werden, steigen die Aktienkurse. Selbst profitable Betriebe entlassen Mitarbeiter oder werden sogar geschlossen, um den Profit des Mutterkonzerns noch mehr zu steigern. Globalisierung und Shareholder-Value heißen die Begriffe, die als Begründung dafür herhalten müssen, dass Menschen wie Maschinen hin und her geschoben und nach Belieben ausgemustert werden.

Wir dagegen wollen den Menschen in den Mittelpunkt aller Überlegungen stellen. Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Wohlstand eines Landes begründen. Auf sie kommt es an. Auf ihre Fähigkeiten, ihre Motivation, ihre Gesundheit. Sie sind es, die den wahren Wert eines Unternehmens ausmachen, die sich oft genug ihrem Unternehmen verschreiben – statt derjenigen, die auf immer höhere Aktienkurse spekulieren, ohne dabei Werte zu schaffen.

Immer häufiger entsteht der Eindruck, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seien ein überflüssiger Kostenfaktor. Je mehr Arbeitsplätze abgebaut werden, desto besser. Und wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz bleiben wollen, dann sollen sie wenigstens mehr arbeiten und weniger verdienen. Das geht an die Würde der Menschen. Auf diese Weise wird ein Klima der Unsicherheit und der Angst geschaffen, das Gift für die Gesellschaft ist, Gift für die Wirtschaft. In keinem unserer europäischen Nachbarländer ist die Binnennachfrage so

schwach wie in Deutschland. Die Leute halten ihr Geld fest, aus Angst vor noch schwierigeren Zeiten. Dadurch wiederum steigt die Arbeitslosigkeit. Es kommt daher darauf an, die Menschen bei Reformen mitzunehmen. Sie dürfen sich nicht nur als Kostenfaktor fühlen, sondern müssen vermittelt bekommen, dass die Reformanstrengungen ihnen letztlich zu Gute kommen. Und nicht nur denjenigen, die ohnehin schon genug haben.

Forderungen, die der DGB aus der Würde des Menschen ableitet

Würde ist nicht nur ein leeres Wort. Wir verbinden damit konkrete Inhalte und Forderungen. Konkret sind das:

- Wir fordern die Einführung von Mindestlöhnen, die jedem Vollzeitbeschäftigten ein würdevolles Auskommen ermöglichen. Niemand soll für weniger als 7,50 Euro brutto arbeiten müssen.
- Wir fordern eine Gesundheitsreform, die alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben lässt und die Kosten des Gesundheitssystems gerecht verteilt. Statt einer Kopfpauschale und einem Zwei-Klassen-System treten wir für die Bürgerversicherung ein. (...)
- Wir fordern die Bundesregierung auf, den Kündigungsschutz nicht noch weiter einzuschränken. Die geplante faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes verunsichert Millionen von Menschen, ohne zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Sie wirkt auch ökonomisch kontraproduktiv, da Beschäftigte ohne sicheren Arbeitsplatz beim Konsum eher zurückhaltend sind. (...)
- Wir fordern die Bundesregierung auf, die bereits angekündigte Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre zurückzunehmen. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt bei knapp über 60 Jahren. Eine Anhebung ist also nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung, die zu Altersarmut führt. (...)

Grundsätzlich setzen wir uns ein, für eine menschliche Gesellschaft, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für Solidarität mit den Arbeitslosen, für den Schutz der Schwachen, für eine gute Perspektive junger Menschen. Wir wollen, dass alle Menschen ohne Angst in die Zukunft blicken können. Niemand soll aus finanziellen Gründen Alter oder Krankheit fürchten müssen.

Für all das stehen die Gewerkschaften mit dem Motto zum 1. Mai 2006: „Deine Würde ist unser Maß.“

(...)

Aber Vorsicht, Übermut tut selten gut!

Die Tariffbewegung 2006 in der Metall- und Elektroindustrie hat mit einem überraschend klaren Erfolg der IG Metall geendet. Ab 1. Juni gibt es für alle Beschäftigten, deren Firmen tarifgebunden sind, 3 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Der Vertrag läuft bis 31.3.2007.



Für die Monate März bis Mai 2006 ist eine Einmalzahlung von 310 Euro vereinbart. Auf Drängen des Arbeitgeberverbands, die daraus in den Verhandlungen eine „Sollbruchstelle“ für einen Abschluss gemacht hatte, kann die Einmalzahlung von den Betriebsparteien – also Geschäftsführung und Betriebsrat – reduziert oder auf maximal 620 Euro erhöht werden. Eine Reduzierung ist nur möglich, wenn der Betriebsrat schriftlich zustimmt, umgekehrt eine Erhöhung nur, wenn die Geschäftsführung zustimmt. Rechtsmittel, um eine Senkung oder Anhebung der Einmalzahlung zu erzwingen, gibt es nicht. Der Arbeitgeberverband stellt die Regelung als einen wichtigen Erfolg dar und hat angekündigt, er wolle diese „betriebsnahe Flexibilisierung“ in Zukunft ausbauen. Die IG Metall will da nicht mitgehen und wartet nun ab, wie die „Einmalzahlung“ in der betrieblichen Praxis umgesetzt wird. Sollte diese neue „Flexibilität“ in der Praxis wieder nur nach unten gelten, soll es keine Fortsetzung geben.

Der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen, den die Arbeitgeber kurz vor Beginn der Tarifaufeinandersetzung mutwillig gekündigt hatten, ist wieder in Kraft. Wie bisher zahlen die Arbeitgeber 319,08 Euro im Jahr für vermögenswirksame Leistungen (VWL). Nur heißen diese jetzt „altersvorsorgewirksame Leistung“ (AVWL), und die Arbeitgeber zahlen nur noch für Produkte, die wie die Riester-Rente zur Altersvorsorge dienen. Dieser „Tarifvertrag AVWL“ beginnt am 1.10.2006 und ist erstmals kündbar zum 31.12.2012. Bis 1.10.2006 ist der frühere Tarifvertrag für vermögenswirksame Leistungen wieder in Kraft.

Ab 1. Juli 2006 tritt zusätzlich ein „Tarifvertrag Qualifizierung / Weiterbildung“ in Kraft, der nach Tarifgebiet unterschiedlich lange läuft, in Berlin-Brandenburg z.B. bis 31.10.2010. Dieser verpflichtet die Arbeitgeber, gemeinsam mit dem Betriebsrat einmal im Jahr den Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarf aller Beschäftigten im Unternehmen zu klären und notwendige Bildungsmaßnahmen zu vereinbaren. Wie bisher kommt es in der betrieblichen Praxis darauf an, ob der Arbeitgeber einer Weiterbildungsmaßnahme zustimmt. Mehr Rechte für Beschäftigte oder mehr Mitbestimmung für den Betriebsrat sind mit dem Vertrag

also nicht erreicht. Aber er bietet Beschäftigten und Betriebsräten durch die jährliche Qualifizierungsbedarfsermittlung mehr Möglichkeit, im Betrieb politischen Druck aufzubauen.

Selbst die Abschaffung der sog. „Steinkühlerpause“ in Baden-Württemberg ist den Arbeitgeberverbänden nicht gelungen. Auch dieser im Oktober 2005 gekündigte Tarifvertrag ist erneuert worden, gilt aber künftig für weniger Beschäftigte als bisher.

Ärger bei den Arbeitgeberverbänden

Auf den ersten Blick endete die Tarifaufeinandersetzung also mit einem fast vollständigen Erfolg der IG Metall. Gesamtmetall hat kein einziges seiner Ziele realisiert. Weder gibt es einen Tarifvertrag mit langer Laufzeit noch einen angeblich „beschäftigungsfreundlichen“ Abschluss unterhalb oder in Höhe der Inflationsrate, noch einen Sondertarif für Dienstleistungen, noch sind die Vergütungen der Auszubildenden eingefroren, wie von Gesamtmetall mit dem „Argument“ gefordert, das erlaube mehr Ausbildungsplätze. Azubis erhalten ab 1. Juni ebenfalls 3% mehr und 90 oder 125 Euro Einmalzahlung, je nach Tarifgebiet.

Die IG Metall hat deshalb auch schon begonnen, den guten Abschluss zur Werbung weiterer Mitglieder zu nutzen. Bei Gesamtmetall dagegen gibt es Krach, Nein-Stimmen und Enthaltungen bei den Abstimmungen und intensives Nachdenken, was falsch gelaufen ist.

Das „Handelsblatt“ schäumte sogar in einem ersten Kommentar, der Abschluss sei „organisierter Selbstbetrug“ und werfe ein „Schlaglicht auf die Fehlfunktionen des deutschen Tarifsystems“. Arbeitsplätze mit einfachem Qualifikationsprofil würden jetzt noch schneller verschwinden, außerdem laufe der Tarifvertrag kurz nach der Mehrwertsteuererhöhung aus, so dass eine Fortsetzung der Lohnsteigerungen drohe. Das Blatt fordert erneut „gesetzliche Öffnungsklauseln“, um den Flächentarifvertrag zu brechen. Offenbar haben Teile der Arbeitgeber und der Medien die verlorene Bundestagswahl noch immer nicht verdaut und sinnieren weiter auf Rache.

Gute Mobilisierung bei IG Metall, Schwächen bei der Gegenseite

Nach Angaben des IG-Metall-Vorstands haben sich an den Warnstreiks in

der Tariffbewegung fast 800.000 Beschäftigte beteiligt. Das waren deutlich mehr als in früheren Tarifaufeinandersetzungen. Fast ein Viertel aller Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie hat sich nach dieser Zahl an den Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen beteiligt.

Das unterstreicht, was auch in der eher IG-Metall-freundlichen Presseberichterstattung über den Konflikt schon erkennbar war: Das zentrale Argument der Arbeitgeber, Lohnsenkung führe zu mehr Beschäftigung, zieht nicht mehr. Zu lange haben zu viele Beschäftigte in ihrem persönlichen Umfeld praktisch erlebt, dass solche Behauptungen nicht stimmen. Lohnsenkungen führten nicht zu mehr Beschäftigung, sondern zu steigenden Managergehältern und steigenden Dividenden. Viele Firmen nutzen auch jetzt noch ihre erhöhten Finanzpolster nicht zu mehr Investitionen, sondern zu Übernahmeschlachten, in deren Folge erneut Arbeitsplätze abgebaut werden. Warum also sollten die Beschäftigten weiter sinkende Einkommen hinnehmen?

Hinzu kommt: Viele Konzerne, ganze Branchen in der Metall- und Elektroindustrie haben derzeit Aufträge bis weit über ihre Kapazitätsgrenze und wollten deshalb einen Streik vermeiden. Die Maschinen- und Anlagenbauer etwa können sich derzeit vor Aufträgen kaum retten, im Kraftwerks-, Schiffsmotoren- und Großanlagenbau brummt das Geschäft. Die Unternehmen suchen zum Teil händeringend Fachkräfte. Ebenso ist die Situation im Flugzeugbau. Siemens meldete erst vor wenigen Tagen einen Anstieg von Umsatz und Aufträgen im ersten Quartal von über 20 Prozent.

Den deutlichen Ansagen von Siemens, Porsche und BMW an ihre Verbandsfunktionäre verdankt es auch die IG Metall, dass selbst in Sachsen der dortige Metallarbeitgeberverband, der noch in der letzten Tarifaufeinandersetzung mit Selbstauflösung gedroht hatte, nun den bundesweiten Tarifvertrag ohne Abweichung übernommen hat.

Die Probleme bleiben

Es gibt jetzt – wie immer – Stimmen, die den Erfolg der IG Metall überbetonen. Das „Neue Deutschland“ etwa hofft auf eine „Trendwende durch die IG Metall“. Dass der Abschluss gut ist und in ande-

→ re Branchen ausstrahlen wird, die IG Metall auf dem Arbeitsmarkt und damit auch für die anderen Gewerkschaften eine Marke nach oben gesetzt hat, ist sicher. Ab 1.6. werden sich auch die Finanzminister über steigende Steuern und die Sozialkassen über steigende Einnahmen freuen.

Wenn der Eindruck zutrifft, dass sich der langjährige Investitionsstau in den Unternehmen aufzulösen beginnt und diese von Schuldenabbau und Rücklagenaufbau wieder stärker in Richtung Modernisierungsinvestitionen umschalten, dann könnte sich im Sommer oder Herbst sogar eine Situation steigender Löhne und gleichzeitig steigender Beschäftigung herausbilden. Darauf weisen auch die jüngsten Ifo-Umfragen, Gutachten der Wirtschaftsinstitute und Erwartungen der Bundesregierung hin, die damit so ganz nebenbei auch ihre eigenen, jahrelang verbreiteten Lohntheorien selbst widerlegen.

Trotzdem sei vor falscher Euphorie gewarnt. Die IG Metall hat sich auch in dieser Lohnbewegung weiter auf ihre traditionellen „Kampfbetriebe“ und dort insbesondere auf die Arbeiterbereiche gestützt. Die Beteiligung der Angestellten an den Protestaktionen war auch dieses Mal unterschiedlich, die von Beschäftigten der sogenannten „neuen“ Industrien wie des IT-Gewerbes, aber auch in Bereichen wie dem zivilen Flugzeugbau weiter eher gering. Die Beschäftigten bei VW in Wolfsburg werden trotz erfolgreicher Lohnbewegung von der Konzernspitze mit der Forderung konfrontiert, ihre Arbeitszeit wieder von 28,8 auf 35 Stunden zu erhöhen, also faktisch eine Senkung des Stundenlohns um über 20 Prozent zu schlucken. Das bedeutet die Schleifung des VW-Haustarifs, herunter auf die Fläche. Auch bei anderen Massenherstellern im Automobilbereich wie zum Beispiel Opel gehen die Angriffe weiter, zumal vor dem Hintergrund wachsender Konkurrenz durch Werke in Osteuropa, der Türkei und Fernost. Hinzu kommt, dass in vielen Betrieben jetzt die Umsetzung des neuen Entgeltrahmens-Abkommens (ERA) anläuft, das für Arbeiter und Angestellte einen gleichen Entgeltrahmen vorsieht. Im Zuge dieser ERA-Einführung versuchen viele Betriebe, insbesondere im Angestelltenbereich die Einkommen zum Teil beträchtlich zu senken.

Die Konflikte gehen also weiter. Die IG Metall tut gut daran, sich nicht auf ihren Stärken auszuruhen, sondern ihre Schwächen im Angestelltenbereich, in neuen Industrien, bei Frauen, beim Thema Leiharbeit, aber auch im Handwerksbereich systematisch anzugehen, um sich für kommende Auseinandersetzungen zu rüsten. (rül)

Quellen: Handelsblatt, 24.4.06, Neues Deutschland, 27.04.06, Pressemitteilungen und Flugblätter der IG Metall (unter www.igmetall.de)

Gewerkschaft Verdi wirbt um mehr Beteiligung an Streiks

Können Landesbedienstete sich durchsetzen?

In Baden-Württemberg steht der Gewerkschaft Verdi nach dem Tarifabschluss für die Kommunen (und bereits im vorigen Jahr für die nichtärztlichen Klinikbeschäftigten) jetzt noch das schwere Problem ins Haus, eine Arbeitszeitverlängerung für die Beschäftigten beim Land rückgängig zu machen. Wir dokumentieren, wie sich Verdi das vorstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst, in den landeseigenen Unikliniken wurde der Versuch der Arbeitgeber, die Arbeitszeit unbezahlt auf 40 Stunden zu verlängern, bei 38,6 Stunden gestoppt. Im kommunalen Bereich haben sich ErzieherInnen, Müllwerker, KrankenpflegerInnen und viele andere mit einem neunwöchigen Streik Respekt verschafft und die Arbeitgeber bei 39 Stunden gestoppt.

Und im Landesbereich? 40 Stunden? 41 Stunden? 42 Stunden? Was ist los im öffentlichen Dienst?

Früher war es so ...

... ein Tarifvertrag, für die Angestellten hieß er BAT, galt für alle – für Sachbearbeiterinnen bei Ministerien oder Regierungspräsidien, für Müllwerker, Ärzte, Vermessungstechniker, Tierpfleger, Busfahrer, Bühnenarbeiter oder Erzieherinnen, für Beschäftigte von Bund, Ländern, Gemeinden samt Eigenbetrieben. Die von den Gewerkschaften durchgesetzten Tarifiergebnisse wurden meist 1:1 auf BeamtInnen übertragen. Streiks waren eher selten. Die Streikdrohung war meist überzeugend genug, um am Verhandlungstisch eine Lösung zu finden. Wenn nicht, war es meist kurz und heftig: Die Busse standen still, die Müllberge türmten sich binnen Tagen, weil es noch keine privaten Streikbrecher gab, und dann fand man schnell ein Ergebnis, von dem alle im öffentlichen Dienst, auch die Landesbeschäftigten, profitierten.

Und heute?

... eine zerrissene Tariflandschaft! Nahverkehrsbetriebe und Unikliniken haben ihre eigenen Tarifregelungen, Post und Bahn sind längst raus. Ärzte und Fluglotsen glauben, für sich was Besseres zu erreichen. Den Verbund von Kommunen, Ländern und Bund gibt es nicht mehr, nachdem die Länder ausgeschert sind, den neuen Tarifvertrag (TVöD) nicht übernommen und die Arbeitszeiten einseitig verlängert haben. Beamte und Beamtinnen sind die Gelackmeierten – sie werden als Speerspitze gegen Arbeiter und Angestellte eingesetzt, um Verschlechterungen durchzusetzen. Dieses Durcheinander haben die Arbeitgeber angereichtert, um so die Standards besser absenken zu können. Ge-

schaffen haben sie Bürokratie und Ungerechtigkeit.

Und jetzt?

Leidtragende dieser Zersplitterung des öffentlichen Dienstes sind vor allem der Landesbeschäftigten und alle BeamtInnen – eben die Bereiche von denen die Arbeitgeber glauben, dass sie sich alles gefallen lassen oder gefallen lassen müssen, Bereiche, die nicht streiken (dürfen) und in denen die Gewerkschaften nur eine geringe Bedeutung haben. Hier sind jetzt schon die Arbeitszeiten am längsten und die finanziellen Einschnitte am tiefsten.

Schritt für Schritt Respekt verschaffen!

Damit wir nicht abgehängt werden, müssen wir uns Schritt für Schritt wieder Respekt verschaffen. So wie es die ErzieherInnen und Müllwerker und Krankenschwestern nach einem langen Kampf bekommen haben. Den kommentiert die *Stuttgarter Zeitung*: „Doch haben die Arbeitgeber ... wenig erreicht. Die gut organisierten Belegschaften in den baden-württembergischen Großstädten haben dem Verband seine Grenzen aufgezeigt.“ (StZ 6.4.2006).

Erster Schritt: Farbe bekennen!

Auch im Landesbereich streiken Kolleginnen und Kollegen gegen längere Arbeitszeiten, gegen Kürzung der Sonderzahlung und für die Übernahme des TVöD: viele Autobahnmeistereien, hunderte KollegInnen an den Hochschulen und Studentenwerken, den Landestheatern oder dem statistischen Landesamt. Aber eben nicht Tausende, wie es nötig wäre, um sich Respekt zu verschaffen. Streiken dürfte – wenn Tarifverträge gekündigt sind – eigentlich jeder und jede (außer den BeamtInnen). Wo ein Streik (noch) nicht möglich ist, gilt es jetzt: Farbe bekennen! Sich mit den Zielen des Streiks solidarisch erklären! Aufrufe unterzeichnen, diskutieren, an Aktionen und Demos teilnehmen, die Streikenden nicht im Regen stehen lassen, einfach Zeichen setzen ...

... damit wir dran bleiben!

Um im Landesbereich dran zu bleiben und nicht abgehängt zu werden, müssen die gewerkschaftlichen Organisationsgrade steigen! Streiks werden nicht geführt, damit die Gewerkschaft viele Mitglieder bekommt. Sondern: nur wo die Gewerkschaft viele Mitglieder hat, ist sie streikfähig. Nur dann können wir etwas durchsetzen! Nur so klappt es!

Mitglied werden unter
<http://mitgliedwerden.verdi.de>.



ver.di – Länder weiter im Tarifkampf

Jeder 11. muss über die Klinge springen!

MÜNCHEN. Mehrere hundert Landesangehörige beteiligten sich am 27.4. an einer Streikaktion von ver.di und der GdP am Münchner Goetheplatz, um die Öffentlichkeit auf eine der Konsequenzen der CSU-Politik aufmerksam zu machen: Jeder 11. Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst soll durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit abgebaut werden. Dazu wurden unter den Streikenden Lose verteilt, die 9% der Anwesenden dazu verdammen, über die Klinge zu springen. Ausgerüstet mit Arbeitslosenanzügen und ihrem letzten Hemd, das sie dem Ministerpräsidenten opfern wollen, machten sich auf ihren letzten (Arbeits)weg. Auch wenn der symbolische Sprung einigen Spaß zu machen schien, so ging es laut Heiner Birner, Ver.di-Vorsitzender von München, nicht darum, sich über die bereits Arbeitslosen lustig zu machen, sondern auf die Konsequenzen der bayerischen Politik aufmerksam zu machen. Wenn es

kein Einlenken der Regierung gäbe, so würden ab 1. Mai die Beschäftigten der Staatstheater wieder für mindestens zwei Wochen in den Ausstand treten. Auch die Mahnwache vor der Staatskanzlei, die der Regierung ein ordentlicher Dorn im Auge sei, bleibe bis zu einem Abschluss bestehen. Ein zentraler Streikhöhepunkt werde die Kundgebung am 4. Mai am Odeonsplatz mit dem ver.di-Vorsitzenden Bsirske sein, bei der auch die „Biermösl-Blosn“ auftreten werde. Für den 9. Mai habe die SPD-Landtagsfraktion 70 Vertreter der Streikenden ins Maximilianeum eingeladen, und sie gebeten, in ihren Streikhemden zu erscheinen. Birner wies auch auf die Gefahr hin, dass Bayern bei einem Abschluss mit der Tarifgemeinschaft der Länder aus dieser austreten könnte. „Wir werden dann Stoiber gegenüberstehen, und wir werden weiter machen.“

fb



BDI erwartet dynamisches Ausfuhrwachstum durch Fußball-WM. *HB, Sa. 22.4.06.* Die deutsche Industrie erwartet für das laufende Jahr ein kräftiges Exportwachstum auch durch die Fußball-WM. Die Ausfuhr könne mit 7% „noch kräftiger als im vergangenen Jahr wachsen“ und ihren Höhepunkt erreichen, stellt der BDI in seinem jüngsten Außenwirtschaftsreport fest.

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie mahnt staatliche Investitionen an. *FAZ, Mo., 24.4.06.* Auf der Hannovermesse begrüßte E. Krubasik, Präsident des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) die Technologiepolitik der Bundesregierung, namentlich die Erarbeitung einer Hightech-Strategie für Deutschland. Es müsse darum gehen, Deutschland wieder zu einem Land der Erstanwendung neuer Technologien zu machen. Wirtschaftliches Wachstum sei nur dort, wo neue Technologien angewendet würden. Um den Modernisierungsbedarf in Europa aber zu decken, benötige die Industrie auch den Staat und zwar als Investor, als Regulierer und als Träger technischer Visionen.

VDMA und BDI uneinig über Metallabschluss. *FAZ, Di., 25.4.06.* – D. Brucklacher, Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) kritisierte das Versagen der Tarifparteien: „Der Tarifabschluss wird erneut Arbeitsplätze kosten“. Wegen des „Einstiegs in die Flexibilisierung“ sprach BDI-Präsident J. Thumann von einem erträglichen Abschluss. Wer wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Einmalzahlungen auf Null senken könne, für den errechne sich über die gesamte Laufzeit eine Tarifierhöhung von nur 2,3 %.

Ostdeutsche lösen osteuropäische Saisonarbeitskräfte beim Spargelstechen ab. *FAZ, 27.4.06.* P. Gheorgan, Geschäftsführer des Bauernverbandes Südhessen, bestätigt, dass das Modell Ostdeutsche als Saisonkräfte anzuwerben, funktioniert. „Wer nach Holland fährt, um dort Tomaten zu ernten, fährt auch 600 km nach Hessen“. Hessische Spargelbauern fuhren mit einem Vertreter der Bundesagentur für Arbeit im ICE zum Rekrutieren von Arbeitskräften in den Osten. Mehr als 200 Arbeitslose aus Eberswalde und dem Erzgebirge werden in diesem Sommer auf hessischen Bauernhöfen arbeiten. Bezahlte wird nach Tarif, zwischen 5,28 Euro und 7,50 Euro die Stunde. Deutsche seien das ganze Jahr flexibel einsetzbar und nicht nur visumsbedingt drei Monate wie die Osteuropäer. In Brandenburg, wo die Tariflöhne bei 3,70 Euro liegen, beklagten sich Landwirte, dass die Hessen ihnen die Arbeitskräfte wegnehmen würden.

Presseauswertung: rst

Die Linke.PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag führt am 6. Mai gemeinsam mit der tschechischen KSCM und der polnischen SLD in Görlitz eine Konferenz zum Thema „**Länderübergreifen der Arbeitsmarkt – Potentiale und Probleme des europäischen Integrationsprozesses**“ durch. Im Einladungsschreiben heißt es:

„Im Mai 2006 jährt sich die EU-Osterweiterung zum zweiten Mal. Das möchten wir zum Anlass nehmen, um Bilanz zu ziehen und Anforderungen für die Zukunft zu formulieren. Dies wollen wir ... gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern, den Abgeordneten der KSCM in Tschechien und der SLD in Polen, konsequent aus der Perspektive des Arbeitsmarktes tun.

Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu oft gegeneinander ausgespielt: Gerade auf deutscher Seite haben rechte und konservative Kräfte immer wieder versucht, die Schuld für die arbeitsmarktpolitische Misere tschechischen und polnischen Arbeitnehmern in die Schuhe zu schieben. Und umgekehrt gibt es in Polen und Tschechien Vorbehalte gegen deutsche Besitzstandswahrung.

Für uns als Linke ist klar: Die zukünftigen Aufgaben lassen sich nur gemeinsam lösen. Mindestlohnregelungen, die Herstellung von Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Kampf gegen die weitere Liberalisierung der Dienstleistungsrichtlinie stellen für uns die zentralen Stellschrauben dar. Dennoch können diese Themen auch aus Arbeitnehmersicht unterschiedlich bewertet werden – je nachdem, ob sie aus polnischer, tschechischer oder deutscher Perspektive betrachtet werden.

Stichwort Mindestlohn: In Deutschland gibt es keine Mindestlohnregelung, sie wird von der Linken gefordert. Welche Auswirkungen hätte das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Tschechien und Polen? Welche Erfahrungen wurden dort mit Mindestlöhnen gemacht? Und wie könnte eine Angleichung des Lohnniveaus zukünftig hergestellt werden?

Stichwort Arbeitnehmerfreizügigkeit: Von tschechischer und polnischer Seite wird sie vehement gefordert, in Deutschland wird selbst in sozialdemokratischen Kreisen die Verlängerung ihrer Einschränkung diskutiert. Aber ist ihre Beschränkung wirklich das Instrument, um Lohndumping zu verhindern? Was wäre im Gegenteil mit der Einführung von Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle Seiten gewonnen?

Stichwort EU-Dienstleistungsrichtlinie: Welche Auswirkungen wer-

den auf die unterschiedlichen Länder zukommen? Welche Alternativen zur Unterbietung von Lohn- und Qualitätsstandards gibt es? Und welche Einflussmöglichkeiten existieren überhaupt noch?

Diesen schwierigen Fragen wollen wir uns stellen und sie gemeinsam mit Ihnen diskutieren. Und wir wollen unseren Kooperationsvertrag weiter mit Leben erfüllen. Nur gemeinsam können wir die Zukunftsfragen des länderübergreifenden Arbeitsmarktes lösen!“

Die Konferenz findet entsprechend in drei Themenblöcken statt: „Mindestlohn – brauchen wir eine europäische Regelung? Was bringt eine deutsche Regelung für deutsche, polnische und tschechische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?“ „Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Abschottung und Diskriminierung – Gefahren und Chancen für Arbeitsplätze und den regionalen Mittelstand“. „EU-Dienstleistungsrichtlinie – Auswirkungen auf Arbeitnehmer, Verbraucher und Mittelstand in der Grenzregion.“



Unter der Überschrift „**Weihnachtsbeihilfe und feste Ausbildungsquote**“ berichtet der LVR-Report Nr. 289, vom April 2006 über die Haushaltsberatungen der Landschaftsversammlung Rheinland und die Positionsbestimmung der Linkspartei.PDS:

„Gleich zu Beginn seiner Rede machte der Vorsitzende der Gruppe Die Linke.PDS im LVR die Ablehnung seiner Partei gegenüber dem Entwurf des LVR-Haushalts 2006 deutlich.

Insbesondere über die Senkung der Landschaftsumlage sei man „nicht begeistert“. Darüber hinaus forderte er, „die Weihnachtsbeihilfe für alle Leistungsbezieher, ob ambulant oder stationär, im nächsten Jahr wieder auszubezahlen.“ Weitere Aspekte der Rede Detjens waren die Forderung nach einer festen Ausbildungsquote beim LVR und einer noch stärkeren Förderung der interkulturellen Kompetenz aller LVR-Mitarbeiter. Hier könne „die Installation eines Migrationsbeauftragten beim LVR Abhilfe schaffen“. Die von Landesdirektor Molsberger erwirkte einstweilige Verfügung gegen die Solidaritätsaktionen von ver.di bezeichnete Detjen als „falsch und völlig überzogen“. Zum Ende seiner Rede dankte er der Verwaltung für das Zustandekommen des Besuchs ehemaliger Zwangsarbeiterinnen.

Zusammenstellung: jöd

Die Bundestagswahl hat die Diskussionen um die programmatische Neuorientierung der großen Parteien beschleunigt. Rot-grün mit dem Konzept der „Neuen Mitte“ hat ebensowenig eine gesellschaftliche Mehrheit finden können wie Schwarz-gelb mit einer Ausrichtung der Gesellschaft ausschließlich auf die vermeintlichen Anforderungen des Weltmarktes. Die folgenden Aufsätze dokumentieren den Stand der Diskussion und kommentieren einzelne Gesichtspunkte aus den Programmdiskussionen von SPD, CSU und CDU.

SPD: Die Mitte zwischen Macht und Ohnmacht

Zum 24. April hatte die SPD in Gestalt ihres designierten Vorsitzenden Kurz Beck zu einer Veranstaltung geladen, auf der sie zum Auftakt ihrer Programmdiskussion die Leitsätze „Kraft der Erneuerung – Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert“ vorstellte. Der Autor des folgenden Beitrags fasst seine ersten Eindrücke zusammen. Die Leitsätze finden sich im Internet unter: <http://programmdebatte.spd.de/servlet/PB/menu/1668496/index.html>

Hier befasst sich in Gestalt der SPD als selbst ernannte „Partei der solidarischen Mitte“, zu Hause „mittlen in der Gesellschaft“, im Ringen um die „gesellschaftliche Mitte“ (alles unter der Überschrift „Wir sind die linke Volkspartei in Deutschland“) ein Teil der Mitte der Gesellschaft mit sich selbst und erhebt den Anspruch, die Probleme aller zu lösen. Die ganz oben und ganz unten aber lösen sie längst auf ihre private Weise, und auch die Mitte privatisiert gesellschaftliche Problem- und Konfliktlösung immer mehr.

In Stil und Sprache, auch im Inhalt, der Themenwahl und der Schwerpunktsetzung, sind aber die „Leitsätze“ entschieden ausgrenzend, sie lassen die Oberschicht nahezu unberührt und ignorieren die Unterschichten vollständig. Eine Partei der Mittelschichten zwischen Macht und Ohnmacht, zwischen Selbstillusionierung und Täuschung der Bevölkerung.

Aber: Zur Programmdebatte der SPD gehört auch, dass nahezu alle Statements von Leuten, die nicht dem Präsidium angehören, außerordentlich kritisch waren. Man wird sehen. Ein politisches Urteil jedenfalls kann sich nicht allein auf den Text der „Leitsätze“ gründen.

Zur Begründung der Programmdebatte

Neue Zeiten, Welt im Wandel, Welt im Umbruch, veränderte Bedingungen, neue Verhältnisse – das sind die Topoi, mit denen die neue Programmdebatte

Programmdiskussion bei SPD, CDU und CSU

begründet wird. Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, die Idee der sozialen Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert weiter zu entwickeln. Gegen „Fatalismus“ und „Politik der Angst“ soll eine „wertbegründete Politik der Zuversicht“ gesetzt werden: Der Wandel ist politisch gestaltbar.

„Nur mit Wirklichkeitssinn und Leidenschaft“ ... wird die SPD ihren Idealen treu bleiben können. Hier wird der Maßstab geliefert, an dem gemessen die „Leitsätze“ gewogen und als zu leicht befunden werden müssen. Die Realitätsverluste sind beträchtlich und mit der Leidenschaft ist es ganz zu Ende, wo allein Mitleid mit konkreten Opfern gegenwärtiger Verhältnisse verhindert hätte, dass diese programmatisch außen vor bleiben mussten.

Die „Herausforderungen“ sind die bekannten: Europäisierung, Globalisierung, sozialer, demographischer und technischer Wandel. Bereits hier wird das Problem der „Leitsätze“ deutlich: Es wäre von der Allgegenwärtigkeit solcher Probleme wie Armut und Not, Hunger, Kriegen, Ausbeutung, Kinderarbeit, Diskriminierung, Terrorismus und Umweltzerstörung zu reden, vom täglichen Elend, das sofortiges, mutiges Handeln erfordert. Nicht im Sinne von blindem Aktionismus, nein, mit Perspektive. Aber eben konkret und heute, jetzt. Statt dessen Rasonnements: „Wie lässt sich Veränderung mit Stabilität und sozialer Gerechtigkeit vereinbaren? Wie können wir Erneuerung und Zusammenhalt ermöglichen?“ Die richtigen Fragen wären gewesen: Wie können wir heute die Zahl der verhungernenden und verdurstenden Kinder verringern? Wie sofort mit dem sozialen und seelischen Elend der Langzeitarbeitslosen und ihren Kindern im eigenen Land Schluss machen?

Exemplarisch sei damit der *erste und entscheidende Mangel* der „Leitsätze“ vor allen andern, im Detail liegenden, benannt.

Ein *zweiter Grundmangel* der „Leitsätze“ besteht im Mangel an Selbstkritik. Kein Wort von den Wahlniederlagen, dem Vertrauensverlust der SPD in den letzten Jahren. Daran knüpft, freilich indirekt, die Kritik Wieseühgels an: Maßstab müsse doch sein, ob und wie man der Zerstörung des Sozialstaates und der Verarmung der öffentlichen Haushalte Einhalt gebieten könne. Eine Bilanz der großen Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stehe noch aus – klarer kann man doch das unkritische Vorgehen der „Leitsätze“ kaum beschreiben.

Die Diskussion der „Leitsätze“ soll „mit der gesamten Gesellschaft“ geführt werden. Das „Bündnis mit allen“

werde gesucht. Darin, dass dies eben bloß behauptet, aber nie eingelöst wird in den „Leitsätzen“, liegt der *dritte Grundmangel*. Man müsse sich schon entscheiden, wer die Zielgruppen der SPD sein sollen, meinte Klaus Wieseühgel unmissverständlich dazu. Unberührt davon stellte Beck in seinem Schlusswort noch einmal klar, um wen es ihm geht: Er wolle die Diskussion ebenso an den Hochschulen führen wie in den Betrieben. Von den Millionen Arbeitslosen ist nirgendwo die Rede. Sie kommen als konkrete Subjekte nicht vor. Nicht als Partner der SPD, nicht als Akteure der „Bürgergesellschaft“, nicht als „Potentiale“ der deutschen Wirtschaft. Sie kommen einfach überhaupt nicht vor.

Ein *vierter Mangel* wird in der Bemerkung von Gesine Schwan kenntlich, dass der Grundkonsens der demokratischen Gesellschaften verloren gegangen ist und ein neuer hergestellt werden müsse. Das ist freilich nicht nur mehr, sondern auch etwas anderes als der in den „Leitsätzen“ erhobene Anspruch auf Herstellung einer „neuen Übereinkunft darüber ..., in welcher Gesellschaft wir leben wollen“. Die „Leitsätze“ schaffen klare politische Feindbilder: die „Marktradikalen“, die „Konservativen“ und die „Linkspopulisten“. Und es wird das Scheitern des Marktradikalismus (man vermeidet strikt die Rede vom Neoliberalismus) weltweit konstatiert. So geht das nicht, meinte Erhard Eppler dann auch sanft und stellte dar, dass seine Zweifel, ob ein solches neues Programm heute überhaupt möglich sei, dadurch langsam zerstreut werden, dass er erstens bemerke, wie, für alle sichtbar, das eigentliche Ziel der neoliberalen Kräfte (Eppler nimmt das Wort in den Mund!), die Errichtung des „Marktstaates“ immer klarer wird, und weil er zweitens sehe, wie sich dagegen weltweit ein ernsthafter Widerstand formiert. Beide, Schwan wie Eppler, skandieren das vertragstheoretische Geschwätz der „Leitsätze“ unüberhörbar.

Zu diesem vierten Mangel kommt als ein zusätzliches Argument das des engen Zeitrahmens der Programmdebatte. Herbst 2007 – da gehen Eppler, aber auch Bernhard Schlink anders heran. Schlink verwies darauf, dass die Hegemonie der Konservativen auch darauf beruht, dass diese schon in den 60er Jahren begonnen hatten, in think tanks ihre Ideen und Konzepte zu entwickeln. Daher die rechte Meinungsführerschaft, sie hätten heute noch die überzeugenderen, realitätstauglicheren Argumente. Da müsse die Sozialdemokratie etwas mehr Arbeit investieren und mehr Zeit. Beck parierte etwas rüde in seinem

Schlusswort, dass es in der Politik darauf ankomme, Antworten zu geben und nicht einfach Fragen zu stellen und diese dann unbeantwortet stehen zu lassen.

Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander, ergänzen und begrenzen sich. Die SPD unterscheidet von allen andern Parteien, dass sie die drei Grundwerte gemeinsam anstrebt und verteidigt. Das ist das alte Bild von dem Jongleur mit den drei Bällen. Es löste bei den Diskutanten Unbehagen aus. Schlink sprach gar von Ratlosigkeit und Unentschiedenheit als bestimmendem Eindruck beim Lesen der „Leitsätze“. Gerechtigkeit – wie nun? Nach Leistung oder bedingungslos? Solidarität – freiwillig oder („organisierte Solidarität = Staat) erzwungen? Militärische Auslandseinsätze – im deutschen Interesse oder wegen der Menschenrechte? Usw. usf. Huber hatte seine Probleme mit dem „Sowohl als auch“, mit „Rechten und Pflichten“, Freiheit und Verantwortung u.ä. – Der innere Zusammenhang der Grundwerte scheint noch wenig klar.

Von Interesse ist ein anderes zirkuläres Kunststück: Wie aus dem Demokratischen Sozialismus die Soziale Demokratie wird. Demokratischer Sozialismus sei als Gegenmodell zum diktatorischen Staatssozialismus entstanden, nicht Ausdruck eines Endzustandes, sondern Wertvorstellung und politische Bewegung. Nach 1989 blieb als Kern die Einsicht, dass der Marktwirtschaft bestimmte Lebensbereiche und öffentliche Güter entzogen bleiben müssen, die bedarfsorientiert ausgerichtet werden müssten. Diese Bereiche und öffentlichen Güter seien nunmehr die fundamentalen Voraussetzungen der Sozialen Demokratie. Alles klar?

Die Ziele der Sozialen Demokratie

Wieso nicht Ziele der SPD? Keine Ahnung. *Erstes Ziel*: Eine friedliche Weltordnung. Die erste Bedrohung sei die durch die Privatisierung der Gewalt. Das ist der internationale Terrorismus. Dazu kommen Probleme der Energiesicherheit, des globalen Ressourcenverbrauchs, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Verletzung von Menschenrechten. Das ist stark. Kein Wort von der größten Bedrohung durch die Gewaltpotentiale der Großmächte, etwa den USA. Diese Beschreibung ist schlechtestes Feuilleton, mehr nicht. Realitätsverlust oder bewusste Täuschung? Beides. Geradezu lächerlich die Beschworung militärischer Gewalt als letztes Mittel. Wo überall ist die Bundeswehr heute im Einsatz? Nett wird die Lüge im Trailer zur Veranstal-



tung. Kein Soldat, kein Hubschrauber der Bundeswehr ohne das Rote Kreuz. Auf das oberflächliche Geschwätz von nationalen Interessen und Menschenrechten verwies Schlink, wie bereits genannt, in seinem klugen Statement.

Die Grundwerte der Sozialen Demokratie machten nicht an Grenzen des Nationalstaates halt, wird behauptet. Eppler wies freundlich darauf hin, dass dies schließlich europäische Werte seien, christliches Erbe, von der Französischen Revolution europäisch säkularisiert. Wo sie gelten, da sei Europa, wo nicht, da sei auch nicht Europa.

Zweites Ziel: Eine faire Globalisierung. Den ganzen Abschnitt erledigte Bischof Huber mit einem Satz: Wo heute die Globalisierung in Afrika oder Lateinamerika diskutiert werde, da könne man erfahren, dass die entwickelten Länder, auch Europa, in dieser Angelegenheit keinerlei Glaubwürdigkeit genießen. Das wäre freilich ein guter Ausgangspunkt einer Diskussion. Statt dessen wieder unsägliches Gerede von Menschen, die im Gefühl leben, Figuren in einem Spiel zu sein. Als ob sie dies nicht tatsächlich wären! Eine solche problemferne wie mitleidslose Schilderung der Globalisierung kommt einem selten unter. Realitätsverlust, Verdrängung tatsächlicher Probleme oder bewusste Täuschung? Die Lösung der Probleme der Globalisierung (ich erinnere nur noch einmal an die -zigtausenden toten Kinder täglich!) ist in den „Leitsätzen“ sehr schlicht: „Dem internationalen Kapitalismus wollen wir mit dem Leitbild einer Globalen Sozialen Marktwirtschaft einen neuen Ordnungsrahmen geben.“ Wer es nicht glaubt, der lese selber nach. Dem in einer nachgeschobenen Bemerkung, dazu bedürfe es neuer Formen der Staatlichkeit auf europäischer und internationaler Ebene, aber auch generell in den „Leitsätzen“ zu konstatierenden Ektismus, begegnete Gesine Schwan mit der trefflichen Bemerkung, es käme doch wohl eher darauf an, Politik als „Good Governance“ aller Institutionen, also Staat und Zivilgesellschaft und Unternehmen zu begreifen.

Drittes Ziel: Wohlstand und Beschäftigung. Der Marktradikalismus ist gescheitert (warum dominiert er dann?), die Soziale Marktwirtschaft wird das 21. Jahrhundert prägen. Wohlstand für alle und Vollbeschäftigung werden sein. Wie das geht? Einfach so: „Zum einen müssen ausreichend neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, zum anderen müssen die Menschen während ihrer Erwerbslaufbahn darin unterstützt werden, den sich verändernden Anforderungen im Beruf gerecht zu werden.“ Das ist alles. Wer es nicht glauben mag, lese wiederum selber nach.

Ach ja, es folgen fünf Zeilen zu Ostdeutschland. „Wir müssen jetzt die Weichen dafür stellen, dass sich die neuen Länder nach dem Auslaufen des Solidarpakts aus eigener Kraft entwickeln können.“ Das ist alles. Aber die Auflösung dieses Rätsels erfolgt, wie das so üblich ist, weiter hinten. Da steht für die strukturschwachen Regionen, dass die Menschen bereit sein müssen, dorthin zu gehen, wo die Arbeit ist.

Nicht nur der Absatz zum Osten, der ganze Passus ist unglaublich zynisch. Kein Wort über Arbeitslosigkeit, Armut und Elend (sozial, psychisch) in Deutschland. Dafür Geschwätz von Wohlstand und Vollbeschäftigung. Unglaublich.

Viertes Ziel: Generationensolidarität in einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Diesen Abschnitt mit den bekannten Phrasen („Ein Land ohne Kinder ist... ein Land ohne Zukunft“), der sich in Sätzen wie: „Wir brauchen eine vernünftige Einwanderungs- und Integrationspolitik ebenso wie eine Politik für eine kinderfreundliche Gesellschaft“ erschöpft, erledigte wiederum Bischof Huber mit der Bemerkung, dass, wer mehr Kinder fordere, damit die später unsere Renten zahlen, dem Letzten die Lust aufs Kindermachen austreibe. Kinder sollten um ihrer selbst willen gut behandelt werden. Gesine Schwan verwies auf die Merkwürdigkeit, dass, sobald von Kindern im Kontext von Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Rede sei (wie in diesem Abschnitt der „Leitsätze“), diese als Betreuungsfälle

behandelt würden. Wo es doch sonst immer darum gehe, die Potentiale frühkindlicher Bildung zu nutzen.

Fünftes Ziel: Die soziale Teilhabe aller. Ein Abschnitt voller Zynismus. Verharmlosende Beschreibungen wie: „Viele Menschen erleben Unsicherheit oder den dauerhaften Ausschluss von der Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben.“ Oder: „Langzeitarbeitslosigkeit drängt einzelne Menschen oder ganze Gruppen auf Dauer an den Rand.“ Sprache, die so weichzeichnet, die selbst so realitäts- und blutleer ist, ist verräterisch. Man merkt: Mit diesen Leuten haben die Autoren keinen Umgang. Exklusion, das heißt massenhaft tatsächlich Ausgestoßene, verhinderte Inklusion von Kindern dieser Menschen, von Migranten, das sind wirklich Menschen vor den Toren dieser Mehrheitsgesellschaft. Aber die Rede ist immer von Problemen in diesen „Leitsätzen“, nicht von Menschen und deren Schicksalen.

Worin sehen die „Leitsätze“ die Lösung? Solidarische Absicherung der großen sozialen Risiken, Bildung und Wissen für alle. Wirklich, mehr steht da nicht.

Sechstes Ziel: Ein nachhaltiger Fortschritt. Nachhaltigkeit und ethische Verantwortung sind die Stichworte. Energiepolitik: Weg von Atom und Öl. Neue Technologien, besonders Gen- und Biotechnologien, müssen ethisch verantwortet werden können. Alle sind gefordert, eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zu verantworten. Ist das nun Naivität oder was? Mehr fällt den Autoren nicht ein zum Thema? Wir geben uns alle Mühe und bemühen unser Gewissen? Ich mag nicht glauben, dass das nur Naivität ist. Das scheint Methode zu haben.

Siebentes Ziel: Sicherheit und Orientierung im Wandel. Das Angebot der „Leitsätze“ besteht einmal im Bekenntnis zur „Bürgergesellschaft“ (die Kritik von Gesine Schwan, dass Ehrenamt und wohltätiger Dienst schließlich nicht das seien, was Zivilgesellschaft, das Engagement Einzelner und von Gruppen ausmacht, dass eine solche Betrachtung unpolitisch sei, wurde bereits notiert), zum andern darin, dass sich die SPD als wertorientierte Partei als „eine tatkräftige Schutz- und Gestaltungsmacht“ den Schutzbedürftigen und Orientierungslosen anbietet. Da fallen den Autoren dann so tiefgründige Sätze ein: „Sicherheit bedeutet auch, die Menschen vor Gewalt und Kriminalität zu schützen.“ Aha. „Wir sind hart gegen die Kriminalität und hart gegen ihre Ursachen.“ Die rosaroten Sheriffs. Entbehrt nicht einer gewissen Komik.

Eine neue soziale Übereinkunft

„Eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen braucht eine Verständigung darüber, wie sie unterschiedliche Inter-

essen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Generationen und Geschlechtern in Einklang bringt.“ Was ist damit gemeint? Das ist unklar. Einmal ist dieses Anliegen schließlich durch die Demokratie und das Grundgesetz geregelt. Das scheint nicht gemeint. Sind wir eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen? Sollen wir das erst noch werden? Sicher scheint, dass diese Übereinkunft, dieser Gesellschaftsvertrag, auf einem anderen Weg als dem politischen erreicht werden sollen. Vage Formulierungen von uns allen, von Staat, Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinschaften und Verbänden, legen nahe, dass es um eine Art Neo-Neokorporatismus geht.

Die Übereinkunft muss die Demokratie stärken (ist also kein Akt der Demokratie selbst). Nötig ist weiter eine starke Bürgergesellschaft (hatten wir schon). Wir brauchen auch ein positives Bekenntnis zu unserem Staat.

Die Übereinkunft bedarf einiger Einsichten, die praktischerweise hier in den „Leitsätzen“ formuliert wurden. Muss man also nicht mehr selber einsehen, nur lesen und merken. Sie sind so schlicht, dass ich sie hier nicht kommentieren mag. Soll ja auch jeder selber lesen und merken.

Dann wird die SPD mit uns allen darüber reden. Was da rauskommt, steht schon fest. „Drei zentrale Elemente“ sind wichtig für die SPD: „die umfassende Hinwendung zur europäischen Dimension der Politikgestaltung, die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, sowie die systematische Entwicklung des vorsorgenden Sozialstaates“.

Das neue Europa politisch stärken und sozial gestalten.

Europa ist die Antwort auf die USA oder Japan, ein zukunftsfähiges Gesellschaftsmodell im globalen Wettbewerb. Bürgernähe, soziale Standards, Steuerharmonisierung und Mindestlöhne. Koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik, der Beschäftigung verpflichtet. Ökonomische, soziale und ökologische Ziele integrieren (Lissabon-Prozess).

Fairer Wettbewerb und Innovation: Soziale Marktwirtschaft erneuern

Der Marktwirtschaft faire Regeln und einen klaren Rahmen setzen. Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wachstum, hohe Beschäftigung und gerecht verteilten Wohlstand. Angebots- und Nachfragepolitik. Export und Binnenmarkt. Langfristiges Wachstum statt kurzfristiger Profite. Notwendig ist eine stetig ansteigende öffentliche Investitionstätigkeit. Existenzsichernde Einkommen im Dienstleistungsbereich. Schutz von profitablen Unternehmen vor kurzfristigen Attacken und feindlichen Übernahmen. Mehr Flexibilität der Arbeitnehmer muss mit mehr Si-

cherheit einhergehen. Mehr lebensbegleitendes (?) Lernen. Tim Renner kritisierte, dass es besser wäre, klare Worte, konkretere Aussagen zum Mittelstand, zur Creative Class, zum Schutz von Ideen und Urheberrechten, fairen Krediten, Konkretes zu Chancen von Frauen, Zuwanderern usw. zu hören als Gemeinplätze. Da hat der Mann Recht. Die Gesellschaft benötige eine Übereinkunft darüber, welche öffentlichen Güter dem reinen Marktprinzip entzogen werden sollten. Der Zynismus besteht darin, dass eben nicht die von Klaus Wiesehügel geforderte Bilanz der „großen Privatisierung“ der öffentlichen Daseinsvorsorge (durch die SPD kräftig befördert!) vorgelegt wird und auch nicht Stellung genommen wird zur aktuellen Politik der SPD in dieser Sache. Leitsätze hätten das immerhin ausgehalten, sie sind ja noch kein Programm.

Die Preisgabe strukturschwacher Regionen wurde bereits erwähnt. Es folgt ein Bekenntnis zur Mitbestimmung und zur Tarifautonomie.

Ein neues Leitbild: der vorsorgende Sozialstaat

Der alte Sozialstaat war nachsorgend. Er war auf Transferleistungen und erwerbsarbeitsbezogenen Statuserhalt aus. Investierte zu wenig in soziale Infrastruktur. Seine Finanzbasis ist brüchig geworden.

Der vorsorgende Sozialstaat investiert in Menschen, fördert Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Aktiviert, macht Angebote usw. usf.

Der Sozialstaat muss auf Bürgerstatus aus sein, nicht am Erwerbsstatus orientiert. Breitere Finanzierungsbasis. Beitragsniveau senken, Steueranteil erhöhen.

Gleichstellung der Geschlechter. Alle Bürgerinnen und Bürger ins solidarische Krankensystem einbeziehen. Echter Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen.

Sicherung des Lebensstandards nur durch Kombination gesetzlicher Rente und Eigenvorsorge. Da kam die Kritik Wiesehügels: Menschen im Niedriglohnsektor können nicht Eigenvorsorge betreiben, für die müsse der Staat die Sicherung des Lebensstandards im Alter garantieren!

Bekenntnis zu sozial abgesicherten Erwerbsbiographien für alle.

Die SPD als linke Volkspartei

Partei der solidarischen Mitte. Kritik von Wiesehügel, dass sich die SPD entscheiden müsse, welche Zielgruppen sie ansprechen will, wurde bereits erwähnt. Mitgliederpartei – das Bekenntnis bleibt. Programm- und Wertepartei.

Kurzes Fazit

In Anbetracht der vorliegenden Leitlinien, von Inhalt, Sprache und Stil, klingt

es wie ein Hohn, wenn Kurt Beck bei der Vorstellung erklärt, der Politikverdrossenheit, dem Vertrauensverlust der Partei werde die SPD durch eine bürgernähere Sprache begegnen. Für die Segmente der Bevölkerung, die der „solidarischen Mitte“ zugeordnet werden können, haben das einige der Diskutanten getan. Andere Gesellschaftsschichten, gerade die Betroffenen von Sozialstaatsabbau und Verarmung öffentlicher Haushalte, nicht zuletzt unter lebhafter Beteiligung der anwesenden Spitzen der SPD, kamen nicht einmal indirekt durch Vertreter von Initiativen zu Wort. Nebenbei sprach auch die Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann nur als stellvertretende Parteivorsitzende. Die Wirtschaft war durch den Vorzeigeunternehmer der SPD aus der Unterhaltungsbranche Tim Renner vertreten, sonst absent.

Ich bleibe aber dabei: Es wird sich erweisen, ob die SPD Kraft für eine Erneuerung aus der Programmdebatte schöpfen kann, aus den „Leitsätzen“ wird sie diese bestimmt nicht ziehen.

Endlich erweist sich mein Hinweis vom Ende vergangenen Jahres, dass die programmatische Auseinandersetzung der Parteien ein gewichtiger Teil der öffentlichen Inszenierung von Politik sein wird und dass die Linkspartei. PDS diese Auseinandersetzung annehmen sollte, als richtig. Nur tun wir das kaum.

h.p., Berlin, 24.4.

Die CSU am Beginn einer Grundsatzdebatte

Das Ergebnis der Bundestagswahl hatte die CSU hart getroffen. Plötzlich standen die Machtansprüche Edmund Stoibers zur Debatte. Es kommt vor, dass eine Person die bislang vertretene Politik nicht mehr darstellen kann, so dass ein Wechsel fällig wird. Hier ging es aber um eine tiefgreifende Änderung. Die CSU schickte sich an, Stil und Begründungszusammenhang ihrer Politik zu verändern. Die Politik der Ära Stoiber war auf eine schlichte Weise berechnend. In ihrem Zentrum stand das Regieren. Als regierende Partei fängt die CSU Unmut in der Bevölkerung durch Wohlfahrtsversprechen auf, die selektiv gegeben werden, also den Fleißigen und nicht den Drückebergern, den Bedürftigen und nicht den Abzockern, den Eingewachsenen und nicht den Zugewanderten, den Deutschen und nicht den Ausländern. Gerade durch die Technik gezielten Ausschließens werden die Versprechen glaubhaft. Sie müssen allerdings bis zu einem gewissen Grad auch eingehalten werden. Zur Finanzierung ist es unbedingt erforderlich, Investitionen in das Land zu ziehen, so dass eine – wenigstens im Vergleich mit anderen

Bundesländern – bessere Situation nachgewiesen werden kann. Eine solche Politik kann auf die Bundesebene nicht übertragen werden. So scheiterte Stoibers Kanzlerkandidatur 2003. Sie kann auch im Lande nur funktionieren, solange Einbrüche im Lebensstandard der Bevölkerung vermieden werden können, was im Jahr 2005 nicht mehr der Fall gewesen ist. Die Technik selektive Versprechens stellt die Betroffenen vor die Wahl: Erfüllen sie die ziemlich konkreten Forderungen aus Politik und Wirtschaft, so können sie gedeihen, anders nicht. Als es der Regierung Stoiber in den letzten Jahren nicht mehr gelang, eine breitenwirksame bayerische Sonderkonjunktur wenigstens am Glimmen zu halten, kam es zu massenhafter Enttäuschung der Willigen, Braven, Frommen. Stoibers Auswechslung hätte diesem Problem nicht abgeholfen. Viel aussichtsreicher war es, dem Regierungschef rasch einen anderen Stil aufzuzwingen und in der Partei über politische Grundsätze zu reden. Eine Grundsatzkommission wurde gebildet,



Der Staat als Leviathan, als übermächtiges Wesen, das mit Schwert und Religion die Gesellschaft zähmt.

ihr Vorsitzender ist der Landtagspräsident Alois Glück, der lange Chef der Landtagsfraktion gewesen ist. „Er sieht sich als ein Christ, der unterwegs ist, in seiner Kirche zu Hause und doch gleichzeitig auch immer wieder mit ihr in Konflikt.“¹ Glück sieht sich nicht kirchenfromm, aber doch christlich geleitet. Prompt geht er die problematische Situation von Partei und Staatsregierung als sittliches Problem der Regierten an.

Glück sieht die ökonomischen Probleme nur als Auslöser der Debatte, die Ursache der Fehlentwicklungen seien Wertvorstellungen². „Gemeint ist da-

mit“, so Glück, „eine Selbstverwirklichung, die in erster Linie mit Emanzipation aus Bindungen und Verpflichtungen, mit extrem ausgeprägtem Individualismus verbunden ist. Dies wiederum hat Folgen für die Balance von Rechten und Pflichten, wenn es um die Frage der sozialen Verantwortung geht, wenn es um Anspruchsdenken geht oder um die Bereitschaft, Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu entwickeln.“³

Mit dieser Voreinstellung wird das Nachdenken über die problematische gesellschaftliche Situation auf ein Nachsinnen über persönliche Fehler und Mängel, vielleicht auch mal über Chancen, reduziert. Das politische Denken wird von seinem eigentlichen Gebiet, der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten abgelenkt. Der Handlungsraum auf die individuelle Lebens- und Laufbahnplanung reduziert. Politisch ergibt sich daraus die vordemokratische Fragestellung, welche Art von Bürgern dem Staate nützlich wäre. Für das denkende Individuum folgt daraus eine Welt, in der alle politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten für sein Handeln unreichbare Daten sind, an die es sich anzupassen gilt.

Das ist eine bestenfalls vormoderne Sicht auf die Welt, in der Streben nach Emanzipation als Gefahr für den Bestand der sozialen Welt erlebt wird, während es tatsächlich darum geht, dass die emanzipierte Person Bindungen und vertragliche Verpflichtungen aus eigenem Ratschluss eingeht und Leistungen anbietet, erbringt usw.

Dieser analytische Ansatz führt konsequent zu einer Einengung der Menschenwürde, die nämlich auf den Schutz des nackten Lebens reduziert wird und den Fragenkomplex der Vertragsfreiheit ganz auslässt.

In der von Glück angestrebten „solidarischen Leistungsgesellschaft“⁴ wird dem Menschen hingegen Leistung abverlangt: „Deutschland kann auf Dauer nur eine gute Zukunft haben, wenn wir eine neue Leistungskultur entwickeln, eine neue Leistungsbereitschaft, eine grundsätzlich positive Einstellung zu Leistung, zur Forderung und Erwartung von Leistung.“

Die Steuerung der Leistung erfolgt nicht durch die Person, die sie erbringt, sondern nach Vorschrift anderer Instanzen.

Eine gewisse Popularität kann diese Analyse, die ja auch Propaganda ist, zweifellos gewinnen. Sie ähnelt den Reden, die besorgte Eltern dem Nachwuchs mit auf dem Weg geben. Aber selbst auf dieser Ebene wäre das zu wenig. Die moderne Arbeitswelt fordert grade nicht bloße Anpassungsleistungen.

Ganz komisch wird Glücks Ansatz, wenn man sich fragt, was im Staat, nicht als abstrakter Macht, sondern als Verwaltung des Freistaats Bayern gesehen,

zu ändern sei. Da kommt nichts.

Der auf materiellen Reizen aufgebaute Konservatismus der Strauß- und Stoiber-Zeit hatte sich aus Anforderungen der expandierenden Industrie an die Staatsverwaltung ergeben, er wurde mehrheitsfähig auf Grundlage des Wirtschaftswachstums, das damit verbunden war. Dieser soziale Ausgleich hat sich in den letzten Jahren auch in Bayern nicht mehr herstellen lassen.

Darauf reagiert die CSU mit Anforderungen an die Bürger. Dabei käme es darauf an, die Staatsaufgaben klarer zu stellen.

Obwohl die von Glück repräsentierte Parteirichtung in der Praxis eher gegen die Tendenzen zu Rassismus und staatlicher Bevormundung steht, wird der von ihm gewählte Ansatz die Tendenzen zum autoritären Staat bestärken. Die Konstante in seinem Denken ist nicht der mündige Bürger, sondern der Staatsfunktionär in seiner Verantwortung vor Gott.

Im demokratischen System kommt den Parteien die Aufgabe zu, die Bestrebungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staatswesen zum Tragen zu bringen. Dieser Aufgabe stellt sich die CSU nicht. Sie reagiert auf die Staatskrise nicht mit Staatskritik, sondern mit moralisierender Bürgerschelte. maf

- 1 <http://www.alois-glueck.de/>, „Privatmensch“
- 2 <http://www.alois-glueck.de/> 12.04.2006, Das „C“ als Kompass in dieser Umbruchzeit
- 3 <http://www.alois-glueck.de/>, 06.04.2006, Gemeinschaftliche und politische Verantwortung in der globalen Welt
- 4 ebenda.

Die CDU auf dem Weg zum modernisierten Konservatismus

Auch die CDU führt derzeit eine Grundsatzdiskussion, die Ende 2007 mit einem neuen Grundsatzprogramm abgeschlossen werden soll; das jetzige Programm stammt aus dem Jahr 1994. Wie in der CSU gibt es auch in der CDU Strömungen, die vor allem aus Religion und christlich interpretierter abendländischer Aufklärung ein Menschenbild malen, das als „Leitbild“ mit „Leitkultur“ eine Gesellschaft formen soll in Abgrenzung zu anderen Kulturen. Ein Vertreter dieser Richtung ist Dr. Christoph Böhr, der Vorsitzende der Wertekommission und bis vor kurzem Vorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU. Noch im Februar, also vor der Landtagswahl, die unter seiner Führung für die CDU ziemlich schlecht endete, hatte er auf der „Wertekonferenz“ der CDU in diesem Sinne gesprochen. Er behauptet, das christliche Menschenbild sei der

„einzig verfügbare Fixpunkt für eine freiheitliche Gesellschaft“. Er machte klar, dass er das kulturkämpferisch meint. Wer hierher komme, von dem müssen „wir ... erwarten, dass er sich diesem Menschenbild zuwendet“. Nun haben aber andere als Christoph Böhr aus Rheinland-Pfalz Wahlen gewonnen und geben damit in der Programmdiskussion der CDU den Ton vor.

Auf der erwähnten Wertekonferenz sprach auch die Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Sie machte ihren Knicks vor der Religion, aber mit einem anderen Dreh als ihr Vorredner Böhr, nämlich als Verpflichtung für den Politiker und nicht als Vorschrift für die Gesellschaft: Das christliche Menschenbild, so Frau Merkel, „setzt der Politik Ziele, es setzt ihr vor allen Dingen aber auch Grenzen. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge ...“ Sie wies außerdem daraufhin, dass die CDU neben der christlich-sozialen auch konservative und liberale Wurzeln habe.

Ansonsten war ihr Thema hauptsächlich, wie kann die CDU als Regierungspartei mit den Herausforderungen aus der Außenwelt fertig werden. Schlagworte hierzu: internationaler Terrorismus und Globalisierung, Wettbewerb und Freiheit, Soziale Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Ihre Antworten sind klassisch konservativ: Für alles müssen Ordnungsrahmen entwickelt und geschaffen werden. Merkel betont dabei den pluralen Charakter, den die innerkonservative Debatte haben müsse; sie rief dazu auf, unterschiedliche Meinungen erst einmal zuzulassen und einander zuzuhören und „gut übereinander zu denken“. Sie selbst vermeidet bislang eindeutige Festlegungen, sie tippt Themen eher an, als dass sie sie begrifflich genau umschreibt. So kann sie dann in wenigen Sätzen von der Leitkultur, über das gemeinsame Europa, zum Patriotismus und der Solidarität als nationalem Zusammenhalt hüpfen.

Um die Festlegung von Ordnungsrahmen dreht sich jetzt die Diskussion. Die Programmkommission der Union hat einen Katalog von „Leitfragen zur Grundsatzdiskussion“ aufgestellt, der in insgesamt fünf Regionalkonferenzen unter den Mitgliedern diskutiert werden soll, die erste für fünf ostdeutsche Länder mit über tausend Teilnehmern hat bereits stattgefunden.

Die acht Leitfragen, die dann in jeweils viele Einzelfragen untergliedert sind, lauten: 1. Was ist unsere Identität als Christliche Demokraten? 2. Wie ermöglichen wir die freie Entfaltung der Person und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft? 3. Wie meistern wir die Herausforderungen der demographischen Entwicklung? 4. Wie können wir Familien helfen, Basis der Gesellschaft zu sein? 5. Wie machen wir die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt zukunftsfest? 6. Wie gestalten wir



Erregt bei der CDU nur noch mäßiges Aufsehen: Die Schirmherrschaft über die Stuttgarter Schwulen- und Lesbenparade mit dem Motto „Familie heute“ übernahm 2005 der CDU-Sozialminister.

einen freiheitlichen Staat, der Sicherheit garantiert? 7. Was müssen wir tun, um die Schöpfung zu bewahren? 8. Was sind Deutschlands Interessen in Europa und in der Welt und was ist Deutschlands Verantwortung?

Strittig ist vor allem, wie weit soll die CDU bei der Zulassung verschiedener Lebensstile gehen. („Was ist unser Bild von Mann und Frau? Wo liegen in einer pluralistischen Gesellschaft die Grenzen der Toleranz?“ usw.) In der Bildzeitung beschreibt CDU-Generalsekretär Pofalla an einem Beispiel die bisherige Tendenz. Die Bildzeitung fragte ihn: „Stichwort Familienbild – sollen Patchwork-Familien und Homo-Ehen künftig gleichberechtigt neben der klassischen Ehe stehen? Pofalla: Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen. Das ist auch die Patchwork-Familie. Ich bin aber klar dagegen, dass Menschen in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung das Adoptionsrecht bekommen.“ (Bild, 2. Mai 2005)

Ebenfalls strittig, aber für die künftige Politik einer modernisierten CDU vielleicht viel wesentlicher, sind die Überlegungen zu Bildung und Kindererziehung. Weitgehend geschluckt von der Partei ist die Ausdehnung der Kinderbetreuung außerhalb des Elternhauses, zumal stets von einer Erhöhung der staatlichen Transfers die Rede ist als Ausgleich „für die besonderen Leistungen, die Eltern mit der Erziehung von Kindern für die Gesellschaft erbringen“. Streitpunkt ist nicht mehr, ob der Kindergarten eine Bildungseinrichtung sein soll, sondern nur noch, ob er gebührenfrei werden soll. Viel ist die Rede von besserer Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen.

Die Diskussion bei der CDU gleicht sehr der Diskussion um flachere Hierarchien und mehr Eigenverantwortlichkeit von (abhängig) Beschäftigten zur Erhöhung der Produktivität und Effektivität, wie sie in Konzernen der Privatwirtschaft und öffentlichen Verwaltung geführt wurden. Typisch zum Beispiel die Frage: „Wie können wir sicherstellen, dass jeder in unserer Gesellschaft

die Chance erhält sich so zu entwickeln, wie es seinen Begabungen, Wünschen und Neigungen entspricht?“ Sie wird sofort verknüpft mit der Frage: „Wie kann jeder seine Fähigkeiten zum Wohl des Ganzen einbringen?“ Ungebrochen ist die konservative Grundvorstellung des Menschen hingeordnet an seinen Platz (wo er dann seine Freiheit haben darf, die heute auch anders aussehen muss als früher). Die Ausformung wird modernisiert, die Grundstruktur ist lange entwickelt und ausgeformt, etwa als Subsidiarität mit dem zellulären Aufbau der Gesellschaft in verschiedenen Einheiten, die ins große Ganze (Nation, göttliche Ordnung usw.) eingebettet und vor allem eingeordnet sind.

Warum aber soll sich jemand so verhalten, dass er sich hinstellen lässt, wo ihn jemand anders haben will? Die Konservativen versprechen ihm Schutz. Wirtschaftlichen Aufstieg für jeden wird es ehr nicht geben („Können wir ‚Wohlstand für alle‘ auch künftig erreichen?“). Versprochen wird aber ein „soziales Netz“, auch wenn es vielleicht weniger dicht ist („wie viel private Vorsorge muss künftig den Menschen abverlangt werden?“).

Handfest dagegen die Aussagen zum starken Staat und der „wehrhaften Demokratie“. Hier wird nicht modernisiert und gelüftet, sondern betont: „Inwiefern lassen sich innere und äußere Sicherheit noch voneinander abgrenzen? Soll ggf. die Bundeswehr zur Abwehr schwerer Gefahren auch im Inneren eingesetzt werden können?“ Die Antworten des derzeit amtierenden Innenministers auf diese Fragen sind bekannt. Auch die folgend Frage aus dem Katalog der Grundsatzkommission lässt nur mehr Repression und Ausbau des staatlichen Gewaltapparats erwarten: „Stehen in unserem Rechtsstaat die Schwere der Straftat, die Sanktionen und das Resozialisierungsziel in einem angemessenen und wirksamen Verhältnis zu einander?“

Schwarze Zukunftsperspektiven also.
alk

Alle Quellen sind zu finden unter:
www.grundsatzprogramm.cdu.de

Neuer Ort für die Sommerschule

Die diesjährige **Sommerschule vom 3. bis 6. August** findet in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt statt. In der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, nehmen die B4 bis zum Stadtring, biegen links in die Schillerstraße (B7) und achten dann auf die Ausschilderung JH.

Die Kosten für Ü/F betragen 21,50 Euro pro Person, ein warmes Mittag-/Abendessen kostet 4,70 Euro, ein kaltes Abendessen 4 Euro.

Da wir als Gruppe gemeldet sind (günstigere Tarife), müssen wir bis Mitte Juli die genaue Anzahl von Teilnehmer melden.

Bitte meldet euch deshalb rechtzeitig und verbindlich bis zum 14. Juli an bei

GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider,
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Die Themen der Kurse werden wir im Mai veröffentlichen.

6. Mai. Berlin. Soziale Rechte in Europa – Provokation für den Neoliberalismus. 9.30 h bis 18 h in der ver.di Bundesverwaltung. Veranstalter: Europ. Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt. www.ejdm.de.

6. Mai. Frankfurt. Arbeiterbewegung – Wissenschaft – Demokratie. Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth. Gemeinsame Veranstaltung vom IG Metall-Vorstand, Funktionsbereich Gesellschaftspolitik / Grundsatzfragen / Strategische Planung, dem Herausgeberkreis der Schriften von Wolfgang Abendroth und WISSENTransfer. Ort: IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Str. 79. Näheres: www.wissenstransfer.info.

7. Mai, Würzburg. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei. PDS.

22. bis 26. Mai, Berlin: 18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“.

24. Mai. Saarbrücken. 96. Deutscher Katholikentag. Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“.

3. Juni 2006. Berlin. Bundesweite Demonstration „Schluss mit den ‚Reformen‘ gegen uns!“ Es rufen auf verschiedene Sozialinitiativen und politische Gruppen. Aufruf und nähere Infos: www.protest2006.de.

17. Juni. Berlin. Linkspartei. PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.

3. bis 6. August. Erfurt. Linke Sommerschule mit den Kursen Wirtschaft, Philosophie und Geschichte.

22. August. Berlin. CDU-Grundsatzkongress

1./2. September, Rostock. Ostseefriedenskonferenz.

1. bis 3. September, Berlin. Zukunftskongress der Grünen zur programmatischen Neuorientierung. Thesenpapier dazu: www.gruenerzukunftskongress.de

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!

Bundesweite Demonstration

3. Juni 2006 • 13:00 Uhr

**Berlin Alexanderplatz
(Karl-Liebknecht-Str.)**



Die deutschen Regierungen sind seit Jahren Motoren in Europa, die Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte und ArbeitnehmerInnenrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne vorantreiben. Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen. Dagegen wehren wir uns!

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 € pro Stunde!
- Ein ausreichendes, garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfungen; im 1. Schritt die Erhöhung des ALG II auf mindestens 500,- € plus volle Kosten der Unterkunft!
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, statt Arbeitszeitverlängerung!
- Die sofortige Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV Gesetze. Keine Zwangsumzüge!
- Ein einheitliches und bedarfsdeckendes Gesundheits- und Sozialsystem!
- Einheitliche Sozialstandards auf hohem Niveau in ganz Europa!
- Die sofortige Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!
- Den uneingeschränkten Zugang zu den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen ohne Studiengebühren und Eliteuniversitäten!
- Den sofortigen Stopp der geplanten Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Sozialversicherungssysteme!
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen!
- Stopp aller Kriegsvorbereitungen!

www.protest2006.de

Aufrufext, Plakate, MitfahrerInnenbörse, UnterstützerInnen-Liste, Termine der Vorbereitungstreffen: www.protest2006.de
Spendenkonto: Laura von Wimmersperg, Berliner Sparkasse, Konto: 6 010 219 181, BLZ: 100 500 00, Stichwort: 03.06.06-Demo
Kontakt und VisdP: Martin Behrsing, 53117 Bonn, Infotelefon: (02 28) 2 49 55 94, info@protest2006.de

Diese Demonstration wird organisiert vom Vorbereitungsplenum für die bundesweite Demonstration am 3. Juni 2006

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter